



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Lage der ungarischen Medien nach 20 Jahren

Demokratie

Verfasser

Kristóf Edöcs

angestrebter akademischer Grad

Magister der Kommunikationswissenschaft und Publizistik (Mag. Komm)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 301 307

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Kommunikationswissenschaft und Publizistik

Betreuerin / Betreuer:

Dr. Thomas Bauer

Einleitung	3
Forschungsfrage und Aufbau der Arbeit	4
1. Transformation, Transition und Medientransition	5
2. Geschichtlicher Überblick	17
2.1 Staatsozialismus	18
2.2 Die Wende	29
2.3 Die Wende in den Medien	33
2.4 Medienkriege	41
2.4.1 Abschnitte des Medienkrieges	44
2.5 Das Mediengesetz	52
2.5.1 Kritik am Mediengesetz	56
2.5.2 Die 3 Grundprobleme des Mediengesetzes	59
2.5.3 Die Frage der Objektivität	66
2.6 Konzepte für ein neues Mediengesetz	73
2.6.1 Response zum neuen Konzept	79
3. Medienbesitz und Medienkonzentration	83
4. Journalistische Ausbildung, Professionalität und Ethik	93
5. Medienkompetenz der Zivilgesellschaft	103
6. Fazit	101
7. Literaturverzeichnis	115
8. Lebenslauf	

Einleitung

Die Demokratie in Ungarn ist volljährig geworden. Es sind rund 20 Jahre seit der politischen Wende vom totalitären System des Staatssozialismus und Planwirtschaft zu dem einer freien Demokratie und liberalen Marktwirtschaft. Nicht zuletzt die Aufnahme in die Europäische Union zeigt dass diese schwierige und lange Phase der Transformation, in Ungarn relativ erfolgreich abgelaufen ist.

Es waren und sind jedoch zur Erreichung dieses Zieles in Ungarn, wie auch in den anderen Staaten der Region, starke Prozesse der Veränderung am Werk. Diese Transformationsprozesse fanden nicht nur in der wirtschaftlichen und der politischen Ebene statt, sondern hatten auch starke kulturelle und gesellschaftliche Auswirkungen.

Eine wichtige Komponente dieser Transformationsprozesses war und ist die Transformation oder Transition der Massenmedien. Die vorliegende Diplomarbeit hat sich zum Ziel gesetzt die Massenmedien Ungarns zu untersuchen, und die für die Kommunikationsforschung interessante Frage zu beantworten:

-Wie ist die Lage der ungarischen Medien heute, nach rund 20 Jahren Demokratie und freier Marktwirtschaft?

Forschungsfrage und Aufbau der Arbeit

In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch gemacht eine Antwort auf die Forschungsfrage zu finden:

-Wie wirkte sich die Transformation des Landes auf die Massenmedien aus?

Die Arbeit ist in 4 Teile gegliedert:

- Erstens wird der transformationstheoretische Ansatz kurz vorgestellt, und die für Ungarn geltenden und wichtigen Aspekte herausgefiltert.
- Im zweiten Teil wird ein geschichtlicher Überblick des Landes vorgenommen. Mit besonderem Augenmerk auf die Epoche des Staatssozialismus und die Zeit der Wende. In diesem Teil werden bis jetzt veröffentlichte Untersuchungen von Medienwissenschaftlern des Landes Ungarn zur Hilfe gezogen, um die Umstände und Verhältnisse dieser wichtigen Zeitabschnitte darzustellen.
- Als dritter Teil folgt die ausführliche Beschreibung der zwei wichtigsten Phänomene der ungarischen Kommunikationspolitik nach der Wende: Die Medienkriege und das Mediengesetz.
- Abschließend folgt im 4. Teil eine Bilanz der heutigen Mediensituation des Landes. Die konkreten Auswirkungen der Transformation auf die Massenmedien werden in einzelnen Punkten vorgestellt, um eine Antwort auf die Forschungsfrage der Arbeit zu finden.

Für den theoretischen Teil der Arbeit wurden deutschsprachige -und englischsprachige Literatur als Quellen verwendet. Der sekundäranalytische Teil hingegen beruht vornehmlich auf Arbeiten und Erhebungen von ungarischen Medienforschern, sowie Berichten von renommierten ungarischen Journalisten. Diese wurden allesamt aus dem ungarischen Original von Verfasser der vorliegenden Diplomarbeit ins Deutsche übersetzt. Eine gewisse Ausnahme bilden die deutschsprachigen Arbeiten die zu diesem Thema in früheren Jahren an unserem Institut eingereicht wurden. Auf sie wurde vor allem bei der Epoche des Staatssozialismus öfters zurückgegriffen, um die bereits geleistete Arbeit der Absolventen in Ehre zu halten.

1. Transformation, Transition und Medientransition

-Transformation

Als die am besten geeigneter theoretischer Rahmen für die Arbeit, bot sich die Transformationsforschung an. Der Begriff „Transformation“ wird vorzugsweise von der Politikwissenschaft in Anspruch genommen, doch auch von den anderen Sozialwissenschaftlern wird es als eine Art Sammelbegriff für die vielfältigen Umbruch- und Wandlungsprozesse gebraucht.

Meistens eng verknüpft ist dieser Begriff der Transformation mit dem Übergang von sozialistischen Diktaturen zu freien Demokratien in den realsozialistischen Ländern¹

Als Transformation bezeichnet man:

„spezifische[n] Typ sozialen Wandels mit Ereignischarakter, der einen plötzlichen, intentionalen, zeitlich dramatisierten Prozess mit angebbaren Akteuren darstellt, wobei sich die Relationen zwischen Eigendynamik und Steuerung innerhalb der Prozess sich verschiebt“²

Es geht also bei einer Transformation, um eine schlagartige Änderung der institutionellen Rahmenbedingungen. Wobei vor allem der Ereignischarakter dieser Transformation, hervorzuheben ist, der unterscheidet ihn vom evolutionären Wandel. Im gleichen Sinne hebt sich die Transformation durch ihre Intentionalität vom sozialen Wandel ab.

¹ Reissig, zitiert nach Prediger 2004 S.1

² Vgl.Lepius, zitiert nach Kollmorgen 1994.S.384

Ergänzend kommt noch hinzu, dass das Ziel der Änderung den Akteuren prinzipiell bekannt ist. Somit folgt diese einer modernisierungstheoretischen Argumentation, bei der von der grundsätzlichen Abfolge der Transformation vom autoritären System zum demokratischen System ausgegangen wird.³

Dieser Argumentation der Modernisierungstheorie steht aber der „entwicklungsoffene Charakter“ der Transformation gegenüber, der in der Politologie im allgemeinen den Wandel der politisch-institutionellen Ordnung bezeichnet, also den Übergang von einem zu einem anderen System, dieser kann also auch von Demokratie zu Autokratie verlaufen. Zu der Orientierung an Modernisierungstheorien und Systemtheorien, kommt die akteurspezifische Betrachtung der Akteurstheorie hinzu. In diesem Sinne ist der Begriff Transformation ein *„normatives Konzept von inhaltlich bestimmter Praxis, die sich auf die Vorstellung einer raum-zeitlich identifizierbaren Entwicklungsrichtung bezieht“*⁴.

Der Begriff der Transformation wird im europäischen Raum für den Übergang von autokratischen zu demokratischen Herrschaftsformen verwendet⁵. In der allgemeinen Soziologie und der Politikwissenschaft wird dieser Begriff natürlich auch auf andere Staaten und Nationen angewendet, welche sich in einer Umwandlung (meist) von einem autoritären zu einem demokratischen System befinden, zum Beispiel in verschiedenen Staaten Lateinamerikas. In dieser Arbeit werden die Begriffe lediglich auf Staaten des ehemaligen Ostblockes bezogen, genauer definiert auf das Land Ungarn.

³ Vgl. Hartfiell und Hillmann zitiert nach Kollmorgen 1994 S. 394

⁴ Bauer 2006 S.139

⁵ vgl. Reissig 1994.S.323

-Transition

Der Begriff Transition ist im Unterschied zu Transformation nach Kollmorgen von „kurzfristigem“ Übergangscharakter. Transition wird daher als „Durchgangsstadium“ verstanden.⁶ In der vorliegenden Arbeit werden die Begriffe Transformation und Transition, unabhängig von der verschiedenen Länge der Perioden, oft synonym verwendet. Dies ist in erster Linie auf die hohe Relativität der Einschätzung von Zeitabschnitten in solchen Prozessen, und in zweiter Linie auf in jüngerer Zeit erschienen anderen Arbeiten⁷, in denen eine ähnliche Praxis vorgenommen wurde, zurückzuführen.

Erst spät erkannte die Transitionsforschung die Bedeutung der Medien in dem Prozess der Transition selber. Die Rolle der Medien beim Zusammenbruch autoritärer Regime, bei der Institutionalisierung demokratischer Strukturen und bei der demokratischen Konsolidierung⁸ ist eine Forderung an die Transitionsforschung der Gegenwart und der Zukunft.

Bei der kommunikations- und medienwissenschaftlich orientierten Transitionsforschung analysiert man zentrale Themen wie: Öffentlichkeit, Meinungsbildung, Strukturen und Funktionen von Massenmedien, Journalismus, das Verhältnis von Politik und Medien, Politikvermittlung, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Umwelten. Hierbei handelt es sich um bewertende Analyse der Kommunikationskultur, es kommen theoretische Kriterien zum Zug, die als grundsätzliche Bedingungen für eine gesellschaftlich sinnvolle Medientransition gelten können: Zugangsvielfalt und Zugangsoffenheit, richtungspolitische Pluralität, Pluralität der Komplexitätsgrade in der Politikvermittlung und die kommunikative Rückkoppelung zwischen Elite und Basis.⁹

⁶ Vgl. Kollmorgen 1994 S.384

⁷ Z.b. in der Arbeit von Barbara Thomass (2001) Medien in Transformationsgesellschaften.

In Sammelband „Medien und Transformation in Osteuropa“ (2001) Westdt. Verlag. Wiesbaden.

⁸ Vgl. Tzankoff 2001.S.33

⁹ Vgl. Bauer 2006. S.139

-Medientransition

Wenn diese Begriffe und Theorien in diesem Fall auf ein so komplexes System wie die Medien angewandt werden, ergeben sich mehrere Verknüpfungen mit anderen Teilbereichen des ganzen Systems. Medienwelten entstehen im Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Technologie und bilden in der Koppelung dieser Systeme selbst wieder ein System (Journalismus, Öffentlichkeit) , welches Faktoren des individuellen und kollektiven wie des privaten und öffentlichen Lebens bestimmend beeinflusst.¹⁰

„Medien spiegeln und prägen Zustand und Wandel einer Gesellschaft. Die spezifische Situation und der spezifische Wandel der Gesellschaften im Südosten Europas werden ebenfalls in den Medien, ihrer Struktur und ihrer Kultur reflektiert.“¹¹

Bei dieser Transition handelt es sich um eine gewollte und intendierte Veränderung, wobei die wesentlichen Probleme bei der Wandlung von einer Diktatur zu einer Demokratie, darin liegen das die Strukturen der Mediengesellschaften des Westens, samt ihrer komplexen Möglichkeiten und Probleme, kopiert oder nachgeahmt, aber nicht selbstständig entwickelt worden sind.

Trotz alldem ist anzumerken das einzige brauchbare Kriterium zur Beurteilung des Fortschritts im Transformationsprozess osteuropäischer Mediensysteme das Ausmaß der Verwirklichung des sog. westeuropäischen Modells zu sein scheint.¹²

¹⁰ Vgl. Bauer 2006 S. 133.

¹¹ ebenda S. 134.

¹² Vgl. Reljic 2004 S. 16.

Dieses westeuropäische Modell, ist ein zweiseitiges Modell, welches auf der einen Seite von einem privaten Sektor der Medien ausgeht, welche (im Idealfall) verantwortungsvoll agiert, und sowohl auf Recht wie auch auf die journalistische Ethik achtet. Auf der anderen Seite basiert diese Modell auf der Existenz von öffentlich-rechtlichen Medien, meist im Rundfunkbereich, welche grundsätzliche kulturelle Funktionen erfüllen.

Dieses Modell hat sich, nach einigen Jahren Konkurrenz, von alternativen normativen Vorstellungen, als einziges durchgesetzt. Es beinhaltet neben der oben erwähnten Zweiseitigkeit noch einige normativ-funktionale Forderungen an das Mediensystem

1. Politisch: Autonomiegewinnung gegenüber dem politischen System (strukturelle Trennung des Mediensystems vom politischen System und die gesetzliche Absicherung dieser Trennung);
2. Soziokulturell: Stärkere Responsivität von Medien gegenüber ihrem Publikum: Umwandlung von passiven Rezipienten in aktive Partner in der informationellen Interaktion, die von differierenden, gegensätzlichen und sich verändernden Interessen geprägt ist;
3. Technologisch: Einführung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien
4. Professionell: Professionalisierung der Berichterstattung und des Berufsstandes; Trennung von Nachricht und Kommentar etc.¹³

¹³ Vgl. Jakubowicz 1995 S.25.

Bei der Region der ehemaligen Ostblockstaaten handelt sich um ein kulturell äußerst heterogenes Gebiet handelt. Es existieren gewaltige Unterschiede zwischen den benachbarten Ländern dieser Region, die nicht selten in einer Anfeindung entlang der ethnischen und/oder religiösen Grenzen ausarteten. Diese endeten allzu oft in Konflikten verschiedener Dimension und tun dies leider bis heute.

Diese Unterschiede setzen sich auch in den Medien fort, da unter anderen die Konzeption, die technologische Ausstattung, wie auch die medienpolitische Rahmenbedingungen äußerst verschieden sind, ergeben sich auch *heterogene Facetten der Problematik der Medienentwicklung in der Region*¹⁴.

In den verschiedenen Ländern verhielten sich die Medien in der Zeit der eigentlichen Wende jeweils verschieden, in einigen Staaten waren sie aktiv an den Ereignissen beteiligt, in den meisten aber „trauten“ sie sich noch nicht ihre Rolle als freies Sprachrohr der Gesellschaft wahrzunehmen. Erst nach der vollzogenen politischen Wende erkannten viele der Medien ihre Chancen und Aufgaben im neu entstehenden System.

Bei der Analyse der Entwicklung der Medien dieser Transitionstaaten gibt es verschiedene Stufen der Umwandlung:

- das Medienverhalten vor der eigentlich politischen Systemwende,
- die Phase der medialen Aufarbeitung nach dieser und
- die Phase der (strukturellen) Medientransformation in Aufarbeitung der Transitionsprozesse.¹⁵

¹⁴ Bauer 2006 S.137.

¹⁵ Vgl. ebenda.

Bauer benutzt hier weiters die Metapher des Stadtbildes für die Medienlandschaften der Transitionsstaaten, wo einige zu rasch erbaute neue Gebäude sich zwischen den alten monumentalen, aber schäbigen Relikten des vergangenen Regimes quetschen:

..wie eine Stadtlandschaft, in der alte und barocke Ensembles verkommen und wie unaufgearbeitete Wahrzeichen immer noch das Bild definieren, neue Bauten mitten zwischen diese hineingezwängt werden – glatt, transparent und funktionell entworfen, so dass man am Ende nicht sicher ist, ob die neuen die alten Ensembles schäbig machen oder die alten die neuen Einrichtungen mit der Aura kalter Dominanz ausstatte.¹⁶

¹⁶ Bauer in http://www.thomasbauer.at/tab/media/pdf/artikel/Analyst06_Artikel_TAB.doc .

Bei Bauer werden die mitunter großen Probleme und Herausforderungen einer solchen Umwandlung in Transitionstaaten, unter anderen in folgende Phänomene zusammengefasst:

- die relativ hohe, zugleich medienpolitisch und medienkulturell wenig in Acht genommene wirtschaftliche Beteiligung durch ausländische Medienunternehmen,
- die relativ hohe, zugleich etwas beliebig verteilte Dichte der Medien (vor allem im elektronischen Bereich) bei gleichzeitig ziemlich unkoordinierter Versorgung oder Bedienung des Marktes,
- die relativ beliebige und vor allem auf Eliten konzentrierte Verteilung des Internetgebrauchs,
- die wachsende Boulevardisierung der Medienauftritte, der zunehmender Verzicht auf Qualitätsstandards bei Printmedien, die rasante Entwicklung im Gratiszeitungssektor, die zunehmende Entertainisierung und Billigprogrammierung im Bereich der elektronischen Medien,
- der Stillstand oder die nur langsame Konzeptentwicklung für Ausbildung und Professionalisierung,
- die weit verbreitete niederschwellige Medienkompetenz auf Seiten des Publikums¹⁷

¹⁷ Vgl. Bauer 2006 S.135.

Bei Thomass und Tzankoff nähert man sich von zwei Seiten der Frage der Medien in Transformationsstaaten. Die Rolle der Medien wird aus dem Gesichtspunkt der Politikwissenschaft und aus dem der Kommunikationswissenschaft betrachtet.

Bei der politikwissenschaftlichen Annäherung werden folgende Punkte zusammengefasst:

- Regulierung der ehemals staatlichen Medien.
- Professionalität und das Bewusstsein über den öffentlichen Auftrag journalistischer Arbeit.
- Zivilgesellschaft und Medien.

Bei der kommunikationswissenschaftlichen Annäherung kommen hinzu:

- Konzentration der Medienmärkte und Einfluss ausländischer Investoren.
- Instrumentalisierung der Medien.
- Selbstregulierung und journalistische Ethik.¹⁸

¹⁸ Vgl. Thomass/Tzankoff 2001. S. 237-246.

Aus diesen beiden Kategoriensystemen von zu untersuchenden Phänomenen und Erscheinungen in Transformationsstaaten, entstanden die 5 Kategorien auf die die Medienlandschaft Ungarn in dieser Arbeit untersucht wurde:

1. Regulierung der ehemaligen Staatsmedien
2. Instrumentalisierung der Medien durch die Politik
3. Medienkonzentration und Medienbesitz
4. Ausbildung, Professionalität und Ethik der Journalisten
5. Medienkompetenz der Zivilgesellschaft

Auf die ersten zwei Kategorien wird in Kapitel 2. und im Abschlußkapitel 7. eingegangen. Die Kategorien 3, 4 und 5 werden jeweils in einem eigenen Kapitel und im Abschlußkapitel 7. betrachtet.

Eine ganzheitliche Momentaufnahme der ungarischen Medienlandschaft zu geben liegt nicht im Bereich des möglichen bei dieser Arbeit, und war auch nicht das Ziel.

Der wissenschaftliche Focus bei der Arbeit liegt auf der Gesamtheit der Einwirkungen und der Veränderungen im System der Medien in Ungarn.

Die Medientransition des Landes wurde untersucht, und die elementaren Teile dieses komplexen Gebietes dargestellt.

2. Geschichtlicher Überblick

In der Geschichte Ungarns, und dessen Kampf um Unabhängigkeit, war die Freiheit der Presse immer wieder eines der zu erreichenden Grundprinzipien. Es wurde im Lauf der Geschichte immer wieder gefordert.

Zuerst zwei Tage nach dem Sieg der Revolution in Wien, am 15. März 1848, wo die Intellektuellen in Budapest die Aufhebung der Zensur proklamierten und unter anderen Reformen, wie Abschaffung der Privilegien des Adels, Aufhebung der Leibeigenschaft und Bodenreform zugunsten der zuvor leibeigenen Bauern, Religionsfreiheit auch für die Protestanten und Juden, Versammlungsfreiheit, auch die Pressefreiheit forderten. Der ungarische Reichstag zu Pressburg (heute Bratislava), ein traditionelles, ständisches Parlament, sollte zu einer modernen Volksvertretung umgestaltet werden und eine eigene ungarische Regierung kontrollieren. Ferdinand von Habsburg-Lothringen sollte König von Ungarn bleiben. Ferdinand bestätigte die Reformen durch die „Aprilgesetze“ vom 11. April 1848 und ernannte eine Regierung unter Graf Lajos Batthyány. Die bedeutendsten Oppositionellen Ungarns wurden in die Regierung aufgenommen. Doch gingen die erkämpften Rechte nach etwas mehr als einem Jahr und der unvermeidlichen Kapitulation gegenüber der Übermacht allesamt verloren.¹⁹

¹⁹ Vgl. Bihari 2001 S.47.

Nach dem Zerfall der K und K Monarchie und dem Ende des ersten Weltkrieges im Oktober 1918 siegte die „Herbstrosenrevolution“ in Ungarn. Unter Graf Mihály Károlyi, dem Ministerpräsident des freien, unabhängigen Ungarns wurde neben anderen wichtigen Grundrechten und Freiheiten, wieder die totale Pressefreiheit bzw. Versammlungsfreiheit ausgerufen. Doch in den nächsten Jahren folgten der Kommunist Béla Kun und seine Räterepublik, sowie der rechte Gouverneur Miklós Horthy und sein „Königreich“.

In beiden Regimes wird die Pressefreiheit wieder aufgehoben, bzw. stark eingeschränkt.

2.1 Staatssozialismus

In den Anfangsjahren des Staatssozialismus wurden alle Medien und Presseorgane verstaatlicht, totale Zensur aller Kommunikationskanäle wurde eingeführt. Auch in der privaten Kommunikation wurde die Zensur in ihrer vielleicht hinterhältigsten Form eingeführt. Die Geheimpolizei AVH, der durch das alles umfassende und aggressiv ausgebaute Spitzelsystem unterstützt wurde, ließ keinerlei Kritik an den herrschenden Kommunisten aufkommen. Spitzel wurden aus allen sozialen Schichten und Berufsgruppen angeheuert, beziehungsweise durch massive Erpressung zur Teilnahme gezwungen.

Am 23. Oktober 1956 riefen die ungarischen Schriftsteller zu einer Demonstration auf, die zum Denkmal des polnischen Generals Bem führen sollte, der 1848 auf der Seite Ungarns in dem Befreiungskampf gegen Österreich gestanden hatte, um hiermit die Solidarität mit Polen zu bekunden. Bereits am 22. Oktober gab die Studentenschaft ein 14 Punkte Papier heraus, das überall in Budapest verteilt wurde. In ihm wurde u. a. die Meinungs- und Versammlungsfreiheit gefordert. Doch die UdSSR erlaubte keinem ihrer Satellitenstaaten auszuscheren und schickte Truppen. Der sowjetischen Übermacht waren die Ungarn natürlich nicht gewachsen und nach zehn Tagen harter Kämpfe, mussten die ungarischen Aufständischen kapitulieren.

Nach diesen Ereignissen festigte sich die Zensur und Unterdrückungsapparat der Kommunisten mit Hilfe der Russen wieder. Es galten für die ungarische Kommunikationspolitik die marxistisch-leninistischen Richtlinien im weitesten Sinne.

Die Funktionen der Massenmedien waren jene

- des kollektiven Propagandisten (d.h. das die Medien den Marxismus-Leninismus in allen Bevölkerungsschichten verbreiten sollten)
- des kollektiven Agitators (d.h. das die Medien die aktuelle Politik der Partei zu unterstützen und die Bevölkerung zur Erfüllung der jeweils gestellten Aufgaben zu aktivieren hatte)und
- des kollektiven Organisators (d.h. das die Medien anleitend und kontrollierend in die geplanten politisch-wirtschaftlichen Ergebnisse führen sollten).²⁰

²⁰ Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth/ Winfried Schulz/ Jürgen Wilke, Das Fischer Lexikon S.156 in Szilady S.10.

Offiziell gab es die Presse und Redefreiheit in allen kommunistischen Ländern, doch wurde unter ihr etwas anderes ausgelegt als in den Demokratien des Westens. In Ungarn galt bis 1989 der Artikel 64 der ungarischen Verfassung, welcher unter anderem auch über die Presse- und Redefreiheit bestimmte:

„ In Übereinstimmung mit den Interessen des Sozialismus und des Volkes gewährleistet die Ungarische Volksrepublik die Rede- und Versammlungsfreiheit“²¹.

Ein alles umfassendes Mediengesetz existierte zu dieser Zeit noch nicht. Die medienspezifischen Regelungen wurden meist durch verschiedene ministerielle Anordnungen getroffen.²²

Die totale Anleitung und Kontrolle der Massenmedien erfolgten in der Regel von oben durch das Sekretariat für Agitation und Propaganda („Agitpop“) beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei. Die Massenmedien wurden zu der Zeit als ein Hauptinstrument der Politischen Sozialisation betrachtet.²³

“Als das wichtigste Propagandamittel der Partei galten Rundfunk und Fernsehen, mit deren Hilfe sie versuchte , die Perestrojka und den Stalinismus hoch zu jubeln und die Bedeutung des Systems im Gedächtnis der Menschen noch tiefer zu verankern.“²⁴

²¹ Die Verfassung der ungarischen Republik.

²² Vgl. Vgl. Szilády 1996.S.11

²³ Vgl. Lelovics 1995. 8.1

²⁴ Beller 2001. S..32.

Es gab für die Leitung des Mediensystems 4 Hauptinstrumente denen sich das Zentralkomitee bediente.

- Es herrschte für die Herausgabe von Presseproduktionen Lizenzzwang.
- Allen Printmedien wurde das Druckpapier zentral zugeteilt, somit konnte nicht nur der Umfang -aber auch das erscheinen selbst- kontrolliert werden.
- Der gesamte Informationsfluss wurde über die einzige Nachrichtenagentur „Magyar Távíráti Iroda“ (MIT) geleitet.
- Für den Vertrieb der Presse war allein die ungarische Post zuständig.

Dazu kam noch die weitgehend perfekte Selektions- und Ausbildungssystem der Journalisten, wobei auf deren Loyalität besonders geachtet wurde.

In Ungarn nicht eine Zensur im eigentlichen Sinne, vor allem im Vergleich mit Russland und Polen. Doch existierte eine sehr starke Selbstzensur der Journalisten, die sehr genau die Grenzen kannten, worüber sie berichten durften und welche Themen für sie tabu waren.

Dazu gehörten natürlich die Legitimität der Regierung und des Parlaments, die Stationierung der sowjetischen Truppen im Land, der Warschauer Pakt, die sozialistischen Nachbarländer und ihre Minderheitspolitik.

Außerdem gilt ein Verbot der Doppelpublikationen, mit denen den Journalisten nicht nur die Publikationen im Ausland verboten wurden, sondern auch jene in den frühen Oppositionsmedien der 70 Jahre, der Samisdat, die später in der Arbeit behandelt wird.²⁵

²⁵ Vgl. Szilády 1996.S.11-12.

In einem Parteientscheid aus dem Jahr 1979 sieht man sehr deutlich die Linie der Partei nach 1956 in Bezug auf Medien und Presse.

„Die Presse muss parteilich sein, in ihrer Arbeit müsse sie, ohne wenn und aber, auf dem Grund der Diktatur des Proletariates stehen, ihre Standpunkte müssen immer Klassenstandpunkte sein. Die Lenkung der Partei muss in der ganzen Presse immer Geltung haben, denn nur so ist die Parteilichkeit der Positionsbeziehung der Presse gesichert, nur so lässt sich das Einschleichen vom Marxismus und Leninismus abweichenden Ansichten vermeiden.“²⁶

Doch galten diese Bestimmungen und Richtungsweisungen nicht nur der Presse im Ganzen, sondern auch für jeden einzelnen Journalist gab es sehr strenge Spielregeln. Die in einer in 1958 veröffentlichtem Bericht der Zentralkomitees festgehalten sind:

„Die Arbeit der Presse im letzten Halbjahr bestätigt, das die meisten der Journalisten im Grunde genommen sich vom Einfluss der Gegenrevolution freigemacht haben, und heute die richtige Führung der Partei wünschen und unterstützten, um somit die Parteilichkeit der Presse zu stützen“²⁷

Als Diener der Kulturpolitik des Systems, hatten die Medien, solange ein Pakt zwischen Gesellschaft, den Journalisten und der Macht möglich gewesen ist, die vom System offen proklamierten Meinungsformungsfunktion der Presse aufrecht zu halten gehabt. Doch als diese nicht mehr zu bewerkstelligen war, zerfiel dieses geregelte Verhältnis innerhalb kürzester Zeit.

²⁶ Hegedüs 2001.S4.

²⁷ Vgl ebenda.

Die Führer und Funktionäre der MSZMP (Kommunistische Arbeiterpartei Ungarns) wollten vor allem das Ausbrechen der Pressefreiheit verhindern. Diese bedeutete die strikte Unterdrückung der politischen Öffentlichkeit (die verbotene, oppositionelle Samisdat). Die informelle Kontrolle der legalen Veröffentlichungen durch die zentrale Pressekontrolle, sowie die versteckten Mechanismen der Zensur-Selbstzensur, gehörten zu den empfindlichsten und innersten Methoden der Machtausübung.

Sehr vieles über die damaligen Verhältnisse sagt die folgende Passage der „Informierungskunde“ einem Lehrbuch für angehende Journalisten in 1985 aus. Hier heißt es wortwörtlich:

„es gibt Diskussionen in den Redaktionen, wen denn die Presse vertritt. Bei solchen Anlässen hört man oft die öffentliche Meinung als Antwort. Die Antwort ist richtig- solange wir die öffentliche Meinung nicht gegen etwas- die Partei, den Staat, das Amt, die Verordnung usw.- vertreten.“²⁸

In der Fortsetzung dieses Lehrbuches heißt es weiters dass:

„Die bürgerliche Kommunikationswissenschaft sieht das Endziel im ungestörten (freien, demokratischen) Informationsfluss. Für die sozialistische Massenkommunikation reicht dieses Ziel eindeutig nicht aus. Für unsere Massenkommunikation ist der Informationsfluss instrumental.“²⁹

²⁸ Vgl. Tájékoztatópolitikai ismeretek 1985.S20.

²⁹ Vgl. Tájékoztatópolitikai ismeretek II. 1985.S35.

Der amüsant anmutende Text, ist aber in Wirklichkeit eine Täuschung, denn die Autoren geben vor, die bürgerlichen demokratischen Kriterien, um die Vorteile der sozialistischen zu ergänzen. Weiter im Lehrbuch wird erläutert das der kommunikationswissenschaftliche Vorteil des Systems durch die Nutzung des Kommunikationsflusses als *„zur Bildung des Sozialismus nötigem Instrument, welches durch die Anreicherung und richtige Orientierung der öffentlichen Meinung sowie der Homogenisierung der Kenntnisebenen, zur Schaffung für produktive Arbeit unverzichtbaren entspannten Atmosphäre der politischen Einheit in der Öffentlichkeit beiträgt“*³⁰

Die Verfasser der Lehrmaterials, Informationsfunktionäre, haben ihre Vorstellungen vom Kern der journalistischen Arbeit noch eindeutiger definiert. Die Presse *„ hat zwar wirklich die Aufgabe die öffentliche Stimmung, die lokalen Meinungen auf die Oberfläche zu bringen, und die verschiedenen Lenkungsorgane zu informieren. Aber die wichtigere Aufgabe eines Journalisten besteht darin die öffentliche Meinung zu formen und zu orientieren.“*³¹

Somit ist die offizielle Antwort auf die Frage wenn denn die Presse und ihre Journalisten vertritt, genau die Umkehrung der eigentlichen Antwort: nicht die öffentliche Meinung, sondern wenn nötig, sollen die Journalisten auch gegen die allgemeine Meinung der Bevölkerung, immer die Interessen des Systems schützend den Standpunkt der politischen Führung vertreten.

³⁰ Vgl. Az MSZMP... 1979 S.35.

³¹ Vgl. Az MSZMP...1985 S.21.

Diese Behauptung wird auch von Angaben eines führenden Amtsträgers der Informationsbehörde gestützt:“ *die Redaktionen müssen ihre eigene Redaktionspolitik kreieren, welche die bessere Verständlichkeit der Politik zum Ziel hat. Die Parteilichkeit und Verbundenheit zur Partei, wird nicht von den Institutionen, sondern von den Journalisten erwartet: Parteilichkeit bedeutet eine bewusste Entscheidung von den Personen die in Ungarn journalistische Tätigkeiten ausüben, das sie die Politik der Partei akzeptieren und diese mit ihrem Stift, Hirn und Bereitschaft dienen, sonst solle er eine andere Tätigkeit ausüben, denn es gibt Tätigkeiten die solche Forderungen nicht stellen*“³²

Am Ende der Kadar-zeit galt eines der wichtigsten Aufgaben der zentralen Informationspolitik als wirklich erfolgreich ausgeführt, wenn die, aus Sicht der Machthabenden,, unangenehmen und unerwünschten Fakten und Wertungen noch rechtzeitig vor der Verbreitung gestoppt wurden. In der Prävention, und Eindämmung des Informationsflusses, hatte das MIT (Magyar Tàvirati Iroda), die ungarische Presseagentur, eine zentrale Rolle, denn sie genoss eine Monopol in der Verbreitung der Nachrichten an legale Medien Die vertraulichen, täglichen Nachrichten des MIT, waren zwar in den Redaktionen eingetroffen, doch durfte man aus diesen nicht zitieren. Die zur Verbreitung freigegebenen Nachrichten waren bereits durch solche Filter gegangen, dass man nicht mehr unterscheiden konnte, was noch Dienstleistung und was schon parteiliche Funktion war.

³² Vgl Hegedüs 2001.S 8.

Besonders die Nachrichten aus dem Ausland, im speziellen, aus den Staaten des Warschauer Paktes, fielen den Zensurapparat des MIT zum Opfer. Diese Selektion stand im Einklang mit den kommunikationspolitischen Prinzipien, dass man größte Achtung darauf gelegt hat die Nachrichten über sozialistische Ländern, nur von den betroffenen Ländern zu übernehmen, und auf keinem aus westliche Quellen. Es gab keine schriftlichen Vorgaben, dass die sozialistischen Länder, ihre innere Propaganda übernehmen sollten, dieses hat sich als „selbstverständliche reziproke Praktik“ ergeben.³³

Einmal im Monat wurden Tagungen für die Chefredakteure gehalten, auf diesen gab es immer Gäste, welche das Agit-pop geladen hatte, zum Beispiel ein stellvertretender Minister, nachher kam die Routine: erstens was für Ereignisse zu erwarten wären, dann folgt eine allgemeine Analyse der vergangenen Periode, in der Zeitung X, wegen richtiger, guter Handhabung von Ereignissen, gelobt, während Zeitung Y, wegen falscher, unglücklicher, nicht den Direktiven entsprechender Handhabung eines Problems, verwarnt.

Diese Entscheidungen waren immer gute Anhaltspunkte, denn man lernte von den Fehlern anderer, so der bereits zitierte Chefredakteur.

Das wichtigste Instrument der Prävention war das Telefon. Jederzeit konnte das Telefon läuten, und Themen für tabuisiert oder unerwünscht erklärt werden. Diese Vorgaben von höherer Instanz waren strikt Folge zu leisten, so erinnert sich der besagte Chefredakteur an einen Anruf von der Pressekontrolle, welcher die jegliches Schreiben über Raoul Wallenberg verbot. Dieses Thema war in der Zeit, um 1988, ein absolutes Tabu.

³³ Vgl. Bajomi-Lázár/Monori 2007 S.175

Der erfolgreichste Teil dieses Filtermechanismus war, die persönliche Verantwortung der Chefredakteure als Einzelpersonen. Dieser Kontrollmechanismus bedeutete die Dezentralisierung der Pressekontrolle. Es wurde in niedrigere Schichten, in die Hände der ersten Männer der Redaktionen übertragen, was publiziert werden durfte. Die Übertragung der Verantwortung, nahm dem Apparat der Pressekontrolle viel Last von der Schulter, so konnten sich die Funktionäre mit wichtigeren Problemen befassen. Gleichzeitig konnte der Grad der Verflochtenheit mit der Elite des Journalismus erhöht werden. Die an die Spitze der Zeitungen gesetzten vertrauenswürdigen Kader, halfen gleichzeitig bei der Erreichung des anschaulichen Zieles: die auffällige, und deshalb peinliche staatliche Zensur zu vermeiden und den ständigen zentralen Druck zu lindern.

Die Chefredakteure arbeiteten in einer mehrseitigen Abhängigkeit. Ihre Ernennung erhielten sie von dem Institut welches die Zeitung inne hatte, dieses konnte ein Ministerium, ein Rat, ein Parteikomitee, eine Universität, die Heimatfront oder das Finanzministerium sein. Die Redaktionen konsultierten über die Person des Chefredakteurs mit dem Informationsamt des Ministerrates, welcher nicht selten einen eigenen Kandidaten, in das fast entschiedene Rennen, schickte. Die eigentliche Entscheidung aber lag beim AGITPOP.

In den klassischen Jahren des stalinistischen Journalismus stand der ideale Chefredakteur im Dienste des Systems, als Grundwert sah er die völlige Loyalität gegenüber der politische Führung, und war nicht nur einverstanden und hielt es für nötig, er brauchte sogar die Führung von oben.

Obwohl in den achtziger Jahren diese reine Form des Idealtypus schon lange nicht existierte, waren viele Redakteure durch Position, Interesse, Ideologie, politischer Vergangenheit und/oder menschlicher Schwäche, auch in dieser späten Phase des Systems, primär an die Machthaber gebunden.

In jeder Redaktion existierte dieser innere Filtermechanismus, durch die ein Teil der Artikel nicht hindurchdrang. Dementsprechend kalkulierten die Journalisten bereits beim Verfassen der Artikel mit den Vorstellungen ihrer Chefredakteure. Dieser Teil der Selbstzensur war besonders effektiv, weil die Journalisten die Thematisierung von Tabus gar nicht mehr in Erwägung zogen.

Die Grundmechanismen der zentralen Presseleitung Ungarns funktionierten, in den achtziger Jahren, bereits seit zwanzig oder dreißig Jahren in ähnlicher Weise. Nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes von 1956, in der sogenannten Zeit der Konsolidierung, war es zu einer fortwährenden Bemühung des Kadarsystems geworden, den Ausgleich mit verschiedenen Schichten und Gruppen der Gesellschaft zu suchen. Das System hat es geschafft mit den Intellektuellen Teilnehmern des kulturellen Lebens und den Mitarbeitern der Presse ein Reglement des Zusammenlebens zu kreieren:“ *die stalinistische Befehlsherrschaft wich dem aufgeklärtem Paternalismus.*“³⁴

Der Kulturpolitiker Aczél György leitete in verschiedenen Funktionen und durch ein breites Netzwerk mit den bedeutendsten Persönlichkeiten der Medien und der Kultur, bis in die Mitte der achtziger Jahre fast alle Felder der Kultur, der Ideologie und der Information. Nach seinem erzwungenen Rücktritt, an seinem siebzigsten Geburtstag, konnte man die Informationspolitik des Landes als „*weder Diktatur, noch natürlich-liberale Führung*“³⁵ bezeichnen. Als Folge dieser Dezentralisierung, da nicht mehr eine starke Hand alle Fäden hielt, gab es eine Auflockerung zwischen den Führungsorganen und den Redaktionen, dieses war vor allem bei den kulturellen Publikationen spürbar.

³⁴Vgl. Bajomi-Lázár/Monori 2007 S198.

³⁵ Vgl. ebenda S.199.

2.2 Die Wende

Die Jahre der Umbruchszeit vor dem Regimewechsel, der „friedlichen Revolution“, wird vom deutschen Historiker und Politologen Michael Geller sehr treffend beschrieben.

„Das System der Staatsmedien hielt sich bis in die späten Siebziger-Jahre, von dort begann es sich in winzigen Schritten aufzulockern. Bei der allgemeinen wirtschaftlichen Auflockerung des Regimes, dem Gulasch-Kommunismus, der Ungarn zu dem Titel "Die lustigste Baracke im sozialistischen Lager" verhalf kamen auch wirtschaftliche Freiheiten im „kommunistisch- unvorstellbaren Ausmaß“ der ungarischen Bevölkerung zuggute.

Doch es fehlte den Ungarn etwas. Es war die Freiheit. Trotz Privatglücks, trotz bescheidener und meist befriedigter Ansprüche, wollte man sich vom Paternalismus freimachen. Es passte vor allem jungen Intelligenzlern nicht, nur alle drei Jahre ins Ausland fahren zu dürfen, überhaupt um Erlaubnis ersuchen zu müssen, oder nur bestimmte Literatur lesen zu dürfen. Politische Debatten über heikle Themen wie den Volksaufstand von 1956, die Todesurteile, Verhaftungen, die Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg oder die Rechte der in den Nachbarländern lebenden Ungarn konnten öffentlich nicht geführt werden. Die Geheimpolizei und die Partei waren überall präsent, wollten immer alles wissen“³⁶

³⁶Geller in

http://www.bpb.de/themen/X6OO30,2,0,Die_Umsturzbewegungen_1989_in_Mittel_und_Osteuropa.htm.

Somit ergab sich, neben den weltpolitischen und wirtschaftlichen Ereignissen, auch die Entstehung und Festigung einer zweiten Öffentlichkeit, welche sich die kritische Intelligenz wegen dem Fehlen von offiziellen Publikationsmöglichkeiten für sich selbst schuf.

Diese Bewegung der oppositionellen Intelligenz nannte sich „Samisdat“ und hielt kritische Vorlesungen und Diskussionsreihen im privaten und halbgeheimen Orten. Außerdem vervielfältigten sie zahlreiche Manuskripte in illegalen Verlagen, wo auch Untergrundzeitschriften und Flugblätter entstanden.

Diese war der erste Bereich, wo es im kommunistischen System, außerhalb der Familie, Diskussionen und Meinungsaustausch stattfinden konnten. Bis dahin hatten die Menschen eigentlich zwei Gesichter: *eins nach außen, den Systemregeln entsprechend und eins im privaten Kreisen, wo sie sich ehrlich, ohne Druck und furcht vor Spitzeln des Systems äußern konnten*³⁷.

Später entstanden parallel zum „Samisdat“ mehrere soziale Bewegungen, welche zur Stabilisierung der privaten Öffentlichkeit beitrugen. So die Bürgerinitiative „Donaukreis“, welche sich gegen den Staudamm Projekt des Donaukraftwerkes Bös-Nagymaros mitunter vor der österreichischen Botschaft in Budapest, stark machte.

Doch die bedeutendsten Bewegungen waren die Studentenbewegungen. Diese bauten auf der traditionellen politischen Kultur in den Studentenkreisen Ungarns auf und hatten drei Grundpfeiler: die Universitären Klubs, die Selbstverwalteten Studentenheime, sowie die eigenständige politische Studentenorganisationen. Sie bauten mit der Zeit ein starkes Netzwerk aus, mit deren Hilfe sie Unizeitschriften herausgaben sowie Konferenzen und Protestaktionen organisierten.

³⁷ Bellér 2001. S.7

Somit erkämpften sich diese Organisationen im Laufe der Zeit und dem plötzlichen raschen Wandel der Geschichte einen Platz im mitten der politischen Sphäre. Die größte solche Gruppierung der Bund der Jungen Demokraten (FIDESZ) hielt nach den ersten Wahlen Einzug ins Parlament, und bildete von 1998 bis 2002 sogar die Regierung. Dabei verlor sie aber ihre frühen Prinzipien und Werte auf einer sehr erschreckenden Weise, welches in späteren Verlauf der Arbeit noch explizit dargestellt wird³⁸.

Doch bei all den Fortschritten in Richtung Demokratie und private Öffentlichkeit, ist anzumerken das sich die Bevölkerung Ungarns sich erst sehr langsam aus dem jahrzehntelangen Starrheit befreite oder anders ausgedrückt aus seinem politischen Schläfe erwachte.(teils ist sie es bis heute noch nicht) Das zeigte sich ganz eindeutig in der sehr niedrigen Wahlbeteiligung der Bevölkerung 1990, bei den ersten freien Wahlen seit mehr als 40 Jahren.

Bettina Bellér schrieb in Anlehnung an Bayer und Szabo dazu:

„ Die Passivität der Menschen musste zuerst bewältigt werden, ..., konnten sie sich durch Demonstrationen, Kundgebungen und politische Festveranstaltungen (z.B. Feierlichkeiten der Kirche und des Staates beim Papstbesuch 1991, oder die Widerbeerdigung von Imre Nagy) wieder aktivieren und ihre Fähigkeiten ausüben.“³⁹

Des Weiteren verwendet Bellér einen leicht abgeänderten Begriff von Szabò „verzögerte soziale Mobilisierung“⁴⁰, mit dem die beiden Autoren die Phase dieses politischen Erwachens bezeichnen, indem sich die Bevölkerung von der bewussten Passivität wieder aktivierte.

³⁸ Vgl Bellér 2001.S7.

³⁹ Bellér S.9.

⁴⁰ ebenda S.11.

Es brauchte mehrere Protestaktionen um die Bürger wirklich aufzurütteln, diese begannen mit 15. März 1988 als mehrere hundert Menschen für eine unabhängige Nation und Pressefreiheit auf die Straße gingen, und fand seine Fortsetzung am 23. Oktober des selben Jahres(Jahrestag der Revolution von 1956) wo die Staatsmacht mit aller Mühe jegliches Gedenken an die Revolution verhinderte. Dieses löste in den breiten Massen ein noch lauterer verlangen nach einem Ende der geschichtlichen Verdrängung aus, und wurde schließlich durch Hilfe der Samisdat- Zeitschrift, welche eine Liste mit den Namen der Opfer der blutigen Niederschlagung veröffentlichte, im Juni 1989 erreicht. Mehrere tausend Menschen kamen an den Heldenplatz in Budapest um von dem namenlos begrabenen Abschied zu nehmen.

Im Jahre 1990 folgte der Blockade der Taxifahrer, wobei diese sämtliche Brücken zwischen Buda und Pest blockierten und somit die gesamte Stadt lahm legten, um so gegen die rasant erhöhten Benzinpreise zu protestieren, eine ganze Welle von Protesten und Demonstrationen.⁴¹

⁴¹ Vgl Bellér 2001 S.10

2.3 Die Wende in den Medien

In 1981 startete das Flugschiff des Samizdat, das Organ der derzeit entstehenden Opposition, der Beszélő (Sprecher), welches Anfangs in einer relativ geringen Auflage, vierteljährlich erschien. Sie kam auf 27 Ausgaben, und hatte am Ende schon wesentlich höhere Auflagen. Nach 1983 galt die Ausgabe von illegalen Publikationen nicht mehr als Verbrechen, sondern wurde nun mehr als „nur“ ein Regelverstoß angesehen. Obwohl diese Samizdat Literatur nur eine begrenzte Zahl an Leser direkt erreichten, hatte sie deshalb eine sehr bedeutende Rolle, weil sie als erste Themen in die öffentliche Diskussion brachten, die als Tabu galten. Somit war sie für die Entwicklung der ideologischen Schmelze in den legalen Medien zu einem großen Teil verantwortlich.

Eine völlig andere Art von revolutionärem Einfluss hatten, die im zweiten Teil der achtziger Jahre erscheinenden, aus dem Westen ausgestrahlten Sender in deutscher oder englischer Sprache. In dieser Zeit verbreiteten sich die Satellitenantennen, und die ersten Kabelnetzwerke entstanden. Hinter der Popularität der westlichen Sender stand natürlich der Unterhaltungsnutzen (trotz der sprachlichen Schwierigkeiten, waren unter den Jugendlichen das britische Sky Channel und Super Channel sehr beliebt), trotzdem hatten sie *„zerrsetzerische Wirkung, denn sie berichteten von einer attraktiveren, anderen, glitzernden Welt“*⁴².

In 1987 ist das Kadarregime in eine schwere wirtschaftliche- und legitimierungs-Krise gekommen. Diese Krise kam durch die grundsätzliche Änderung der innen und außenpolitischen Verhältnisse des Landes zustande. Am Ende der achtziger Jahre war die ungarische Wirtschaft in einer komplexen Krise, welche die

⁴² Monori 2007.S.20.

Verschlechterung der Lebensumstände und das damit verbundene gesellschaftlichen Vertrauensverlust der Bevölkerung zu Folge hatte.

Die Schwächung der Sowjetunion, die Abnahme seines weltpolitischen Gewichtes, sowie die in den inneren Abläufen in der Sowjetunion (Glasnost, Perestrojka) hatten eine auflockernde Wirkung, welches die äußere Unterstützung des Systems schwächte.

Zu dieser Zeit formte sich die alternative politische Elite , welche bereit war die kommunistischen Führung abzuwechseln, aber auch innerhalb der kommunistischen Partei MSZMP erstarkte sich die aufstrebende, technokrate Generation. All dies führte aber nicht zu einer breiten gesellschaftlichem Widerstand, sondern zu einer stufenweise Erosion des Systems, sowie zu der Aktivierung der oppositionellen Gruppen. Für diesen Aktivierungsprozess war die in 1985 in Monor , und in 1987 in Lakitelek gehaltenen Treffen.

Nach diesen entstanden von Reformökonomen konstruierter Vorschlag für die politische Umwandlung, mit dem Titel „Wende und Reform“. Dieser Text erschien Ende 1987 in der „Medvetanc“ (Bärentanz) , einer der anfänglichen freien Periodika Im Sommer des gleichen Jahres formulierte die Redaktion des bereits erwähnten Beszélő (Sprecher), welches die „gesellschaftliche Abmachung“ publizierte, welches ein komplexes Programm für die ersten Schritte in Richtung Rechtsstaat und Demokratie enthielt. Zur gleichen Zeit wurden die Partnerkriege innerhalb der kommunistischen Partei um die Nachfolge Kádárs immer heftiger, zwischen Pozsgay und Grósz. In dieser Situation kamen die ungarischen Medien in eine Schlüsselposition.⁴³

Die Erosion des Systems hat sich auch im Feld der Öffentlichkeit gezeigt. Die Intensität der politische Kontrolle über Medien nahm stufenweise ab, beziehungsweise wurden die Redaktionen - die Situation innerhalb der MSZMP ausnutzend- immer mutiger, und griffen öfters zu den früheren Tabuthemen. In 1986 am 30. Jahrestag des 56er Aufstandes, wurde in der Sendung „Bagoly“

⁴³ Vgl. Monori 2007 S.22.

(Eule) des ungarischen Radios „Magyar Rádío“ eine Sendung über die Vorereignisse der Revolution gesendet. Diese war eine Premiere, denn dieses Thema war oberstes Tabu, und kam zu der Zeit zum ersten Mal, zwar jetzt auch nur in den späten Abendstunden, offiziell in die Öffentlichkeit.

In dieser Sendung wurde auch zum ersten Mal über eine neuerliche Begräbniszeremonie für die Imre Nagy und die anderen Hingerichteten Führer der Revolution von 1956 diskutiert, womit man die Legitimation der Kádárregierung stark hinterfragte.

Im nächsten Jahr startete die Sendung „Vasárnapi Újság“ (Sonntags Zeitung), welches eines der wichtigsten Foren für die für den Regimewechsel verantwortlichen Intellektuellen wurde. In der Sendung wurde aufdeckender Journalismus in seiner Reinform betrieben, was für ungarische Verhältnisse auch wieder eine Premiere war.

Im Juni 1986 erschien auf dem ungarischen Hörfunkmarkt, das erste kommerzielle Radio, jedoch noch im staatlichem Besitz, welches seine Sendung unter den Namen „Radio Danubius“ und in deutscher Sprache in der Sommersaison entlang des Plattensees, ausstrahlte. Hauptsächlich war dieses Radio an die österreichischen und deutschen Touristen gerichtet, und entstand als gemeinsames Projekt vom ORF und dem ungarischem Radio. Da der ORF aber vor Sendungsbeginn zurückgetreten war, wagte das ungarische Radio allein das Pilotprojekt, welches die Erhöhung der Einnahmen der Anstalt zum Ziel hatte.

Im nächsten Jahr wurde der Empfang auf Budapest ausgebreitet, und ab Oktober 1988 sendete der Sender unter dem Namen „Danubius Rádió“ in ungarischer Sprache. Nach kurzer Zeit erschienen die Konkurrenzsender, das ebenfalls im Rahmen des ungarischen Radios entstandene „Rádió Calypso“, das bereits private „Radio Bridge“ und das aus Siofok am Plattensee gesendete „Juventus Radio“.

Im Vergleich zum ungarischen Radio erfolgte die Loslösung vom System im ungarischen Fernsehen weitaus langsamer. Erst nach der Aufspaltung in die zwei Kanäle M1 und M2, startete im zweiten Kanal die „Regimewechselnde“ Sendung Napzárta (Tagesende), welches zahlreiche Tabuthemen aufarbeitete.

Wichtiger Punkt in der Mediengeschichte ist die Gründung des Klub der Öffentlichkeit (Nyilvánosság Klub) im Oktober 1988. Dieser unabhängige Verein wurde von 450 Journalisten, Sozialwissenschaftlern und Autoren gegründet, mit dem Ziel der Schaffung eines neuen, demokratischen Modells der Öffentlichkeit. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, wurde in der von den Gründern verfasste und publizierte „Vorschlag zur Reformierung der Medienöffentlichkeit“ dargestellt.

„ Die Presse, die Öffentlichkeit hat die herausragende Aufgabe der gesellschaftlichen Kontrolle der Machtausübung, die Vermittlung der Interessen der verschiedenen Gruppen, die Präsentation der verfassungsrechtlichen Gruppierungen, Bewegungen, staatsbürgerlichen Initiativen, sowie der Vermittlung der gesellschaftlich relevanten Diskussionen und Meinungen. Diese beinhaltet die Möglichkeit der offenen und verantwortungsvollen Kritik gegenüber dem Parte i- und Regierungsapparat und deren Mitglieder, um so eine Überschaubarkeit der Funktionen der parteilichen und staatlichen Institutionen zu ermöglichen, um den Staatsbürgern die Funktionsweise der Entscheidungsmechanismen sichtbar zu machen. Die Öffentlichkeit der Parteisitzungen, wo gesamtgesellschaftlich relevante soziale, wirtschaftliche und andere Themen behandelt werden, und das die Ergebnisse der Meinungsforschungen öffentlich gemacht werden.“⁴⁴

Gleichzeitig mit der Auflockerung der Pressekontrolle in zweiten Abschnitt der achtziger Jahre, stiegen die Herstellungskosten der Druckmedien enorm an, welches zum Zusammenbruch des Kreuzfinanzierungssystems führte. Dieses Zwang die Partei zur Genehmigung neuer, unabhängiger und gewinnbringender Zeitungen, über die sie die Pressekontrolle in politischer und wirtschaftlicher

⁴⁴ Monori 2007 S.26.

Form behielten. So entstanden die ersten politischen Boulevardblätter: im September 1989, mit einer Auflage von hunderttausend Stück, das sich selbst als demokratisch und unabhängiges Nachrichtenmagazin definierende „Reform“, sowie im Februar 1989 das erste Boulevardblatt „Mai Nap“(heute).

Zu Beginn stand hinter beiden Zeitschriften die parteiliche Pressekontrolle, trotzdem wurden sie in kürzester Zeit durch ihre Wortwahl und ihrem Layout sehr beliebt. Die ersten wirklich unabhängigen Zeitschriften erschien im November 1989, unter den Namen „Hitel“ (Kredit), fast gleichzeitig mit dem radikal freisprechendem und liberalen „Magyar Narancs“ (ungarische Orange), welches ein völlig neues Genre in der ungarischen Medienlandschaft kreierte, nämlich die kein Art von Autorität respektierende, offene Schreibweise. Die Zeitschrift entstand als Parteizeitung der FIDESZ (Bund junger Demokraten) doch nach dem Einzug der Partei ins Parlament, distanzierte sie sich von ihr in jeder Form.

Das Verlagsystem, welches auf die zwei staatlichen Zeitungsverlage gestützt, war brach mit dem Voranschreiten des Regimewechsels zwischen 1988 und 1990, schrittweise zusammen. Im Sommer 1989 wurde das frühere Pressegesetz durch eine Regierungsverordnung so modifiziert, das für die Herausgabe von Periodika, statt der vorangehenden Genehmigungsprozedur, jetzt bloß noch eine Anmeldepflicht bestand. Im nächsten Jahr wurde das Gesetz selbst geändert, und die Gründung von Periodika, sowie lokalen Radio und Fernsehsender wurde erlaubt.

Gegen Jahreswende 1988 und 1989 war die parteistaatliche Pressekontrolle überall in der Defensive, die Führer der MSZMP hatten das Gefühl ihre eigenen Medien sich gegen sie gewendet haben. Die Parteiführung suchte jetzt immer mehr den Kontakt mit den Journalisten, statt ihnen Befehle von oben zu geben. Immer mehr bekannte Journalisten kamen in Konflikt mit der Informationspolitik, und obwohl offiziell jeder Fall einzeln betrachtet wurde, war es doch eindeutig, die Funktionäre sehr schlecht mit den selbständigen Persönlichkeiten auskamen.

Im Sommer 1989 bestimmten die Organe der Presse und die Leiter der Medienanstalten- und nicht mehr die politischen Machthaber oder formellen Inhaber- über die Inhalte der Medien. Die Staatspartei war nicht mehr in der Lage seine Interessen zum Nachteil der anderen politischen Organisationen in den Medien und der Presse durchzusetzen, gleichzeitig waren die neuerlich entstandenen demokratischen Parteien noch nicht in der Lage irgendeine Form von Druck, sei es politisch oder wirtschaftlich, auf die Journalisten ausüben zu können. In dieser Zeit der Transition erhielten die Medien tatsächlich die Macht die vierte Gewalt im Staat zu sein.⁴⁵

Zu der Zeit entstand das von der letzten staatsparteilichen Regierung genehmigte Frequenzmoratorium, welches die Verteilung der Radio- und Fernsehfrequenzen bis zur Entstehung des neuen Pressegesetzes verbat. Damit festigte sich die Monopollage der staatlichen Fernsehens und Radios für viele Jahre. Dieses wurde zu einer der definierenden Rahmenbedingungen für die folgenden Medienkriege.

Gleichzeitig erschienen ab 1988 die verschiedensten und tatsächlich unabhängigen Zeitschriften nacheinander, und im nächsten Jahr begann die Privatisierung der Medien. Als erstes kamen die bereits erwähnten Boulevardblätter Reform und Mai Nap in den Besitz der Murdoch Gruppe. Dem folgte die derzeit größte Tageszeitung, welches vom Besitz der MSZP (Sozialistische Partei Ungarns) zu der Stiftung Freier Presse wechselte. Die Stiftung brachte das Blatt später in eine Aktiengesellschaft vom Bertelsmann Verlag hinein. Die Regionalblätter der MSZMP wurden großteils vom Axel Springer Verlag privatisiert. Die Zeitschriften Magyar Hirlap und Esti Hirlap kamen in den Besitz der Maxwell-Gruppe.

⁴⁵ Vgl. Monori 2007 S.27.

Mit dem Auftreten der politisch unabhängigen Investoren aus dem Ausland, begann das marktwirtschaftliche Modell des Medienmarktes sich zu etablieren. Diese führte gemeinsam mit der Ausweitung des Rechtsstaates, mit der Verfassungsreform von 1989/1990 welches die Pressefreiheit deklarierte, zur Geburt der Pressefreiheit in Ungarn.

„parteipolitisches Gleichgewicht“ statt Unabhängigkeit

Dieser, für die Kommunikationspolitik etwas seltsam anmutender Begriff also „*parteipolitisches Gleichgewicht*“⁴⁶ beschreibt die Periode vor der Schaffung des Mediengesetzes in Ungarn, recht treffend. Doch wird die Bedeutung erst durch das Erläutern verschiedener Vorbedingungen und Umstände heraus klar ersichtlich.

Den in den Jahren vor dem Mediengesetz gab es eine nicht ausreichende Regulierung der Medien. Darunter ist zu verstehen, das wegen dem Fehlen eines neueren Gesetzes bezüglich der Lage der ungarischen Medien, die alten sozialistischen Gesetze durch zahlreiche Abänderungen und Zusatzklauseln, zu einem halbwegs funktionierenden „Gesetzesmix“ zusammengeworfen worden sind. Damit blieben die Monopolrechte für das staatliche Fernsehen und Radio zwar erhalten, doch konnten diese Anstalten kaum reguliert werden. Diese in Verbindung mit dem erlassenen 2/3 Mehrheitsgesetz bezüglich Medienangelegenheiten brachten aber weder für die Regierung, noch für die Leiter der Medienanstalten eine Befriedigung mit sich:

Auf der einen Seite hatten die Medienpräsidenten (bzw. Medienvorstände) genügend Macht, aber ihnen fehlten die Legitimierung und der Schutz durch eine exakte Gesetzeslage. Auf der anderen Seite hatte die Regierung das Gefühl das die Medien bestimmte Grenzen überschritten.

Aus dieser misslichen Lage versuchte die Regierung hinauszukommen. Mittels verschiedenster Rechts- und Machttechniken versuchte sie die Medien mundtot zu machen, bzw. unter ihre Kontrolle zu bringen. Diese Periode der ungarischen Kommunikations- und Mediengeschichte werden als Medienkriege bezeichnet.

⁴⁶ Vgl. Szekfü in <http://www.szignummedia.hu/Archivum/1997/jan.html>

2.4 Medienkriege

Seit dem Regimewechsel in 1989-1990 wird das ungarische Medienschaubild mit dem Begriff des „Medienkrieges“ charakterisiert, mit dieser Metapher wird der Konflikt bezeichnet in dem es darum geht wer die Medien kontrolliert und welche kulturellen Werte durch sie kultiviert werden. Dieser schwere, aber blutlose Konflikt hat die ungarische politische Elite und die Journalisten, entlang ideologischen Bruchstellen gespalten; diese Bruchstellen liegen heute zwischen links und rechts, liberal und konservativ, traditionell und progressive, weltlich und christlich, das volkstümliche und das urbane, sowie national und europäisch.⁴⁷ Um diesen Begriff etwas zu erläutern folgt ein Zitat aus der Enzyklopädie von Bajomi-Lazar:

„Medienkrieg: so wurde der Konflikt, welches nach dem Regimewechsel die ungarische Elite spaltete, bei dem es um das Erlangen der Kontrolle über die Medien ging, von Journalisten genannt. Obwohl dieser Konflikt, im Gegensatz zu manchen postkommunistischen Staaten keine wirklichen Todesopfer verlangte, wurden zu ihrer Deutung manche militärischen Begriffe wie „Waffen“, „Fronten“ und „Eroberung“ verwendet. Wir unterscheiden zwei Phasen des Medienkrieges: Einerseits, die verschiedensten medienpolitischen Schritte, wie etwa die Entlassung verschiedener regierungskritischer Medienvorstände oder die Gründung von regierungstreuen Zeitungen. Andererseits den ideologischen Konflikt, in dem die beteiligten Parteien ihre Einstellung gegenüber den Medien und der Gesellschaft im Allgemeinen kommunizieren konnten. Dieser Teil wurde und wird oft auch als „Kulturkampf“, „Stammeskampf“ wie auch „Klassenkampf“ genannt, verweisend darauf das in diesem Konflikt der vor dem zweiten Weltkrieg aktuelle völkerlich-urbaner Streit wieder auflebte. Kritiker und Experten machten aber oft darauf aufmerksam, das durch die in diesem Konflikt genutzten Propagandamittel, der eigentlichen Stellenwert der Medien als „vierte Gewalt“ im Staat sehr gefährdet sind.“⁴⁸

⁴⁷ Bajomi-Lázár 1998.S.23

⁴⁸ ebenda.

„Kulturkrieg“ – „kalter Bürgerkrieg“

Zum bessern Verständnis der Situation in Ungarn müssen kurz gesellschaftspolitische, kulturpolitische und kulturelle Aspekte hineinbezogen werden:

In Ungarn entwickelte sich seit der Wende 1989 bis heute eine kulturelle Spaltung, und die unterschiedlichen Wertvorstellungen führten zu einem heftigen Kulturkampf.

Durch die unterschiedlichen Wertvorstellungen wird auch Kulturarbeit unterschiedlich verstanden, wodurch in den letzten achtzehn Jahren bestehende Künstlerorganisationen immer mehr *Pendant-Organisationen mit Bezeichnungen in ihren Namen wie ‘national’ oder ‘ungarisch’ bekamen, die somit implizite denen wie ‘international’, ‘kosmopolitisch’ und ‘europäisch’ (und letztendlich ‘jüdisch’) entgegengesetzt werden*⁴⁹.

Während die *“Parallel-Kulturinstitutionen”* kaum miteinander kommunizieren, werden die wenigen, in staatlichem Besitz verbliebenen Kulturbetriebe, wie z.B. der Rundfunk und das Fernsehen, je nach Regierungswechsel und Gesinnung hin- und her geworfen, wie oben bereits beschrieben bekommen sie neue Vorgesetzte, und „gegnerische“ Kollegen werden kriminalisiert und entlassen.⁵⁰

⁴⁹ Marsovszky 2002 S.12.

⁵⁰ Vgl ebenda

Infolge der Spaltung des kulturellen Lebens entstanden bis heute zwei Parallel-Gesellschaften in Ungarn, deren Kommunikation vor allem aus der heftigen Bekämpfung des Anderen besteht. Das Land befindet sich mit sich selbst im Kriegszustand, wobei die "postmoderne Theokratie" der Orbán-Regierung einen Höhepunkt zu verkörpern scheint. Die zwei sich gegenüberstehenden politischen Lager werden durch einen immer tiefer werdenden Graben voneinander getrennt, denn jede Seite informiert sich- von wenigen Ausnahmen abgesehen – nur aus den eigenen Medien , wodurch die Segmentierung noch verstärkt wird.⁵¹

Die zwei Medienkriege von denen die Medienwissenschaft spricht, sind nur jeweils dann in solchem Ausmaß entstanden wenn rechtskonservative Regierungen an der Macht waren, also muss man immer auch vom Kulturkampf der nationalkonservativen gegen die „linksliberalen“ Medien reden, denn die gegnerischen Seiten betrachten einander als erbitterte Feinde.

„Mit der konservativen Rechten auf der einen sowie den sozialistischen und liberalen auf der anderen Seite ist Ungarn in den letzten Jahren kulturell und gesellschaftspolitisch zum geteilten Land geworden.“⁵²

Das liegt vor allem daran, dass es weder der politischen Linken noch der politischen Rechten gelungen ist, ihr Verhältnis zu der mit der jeweils eigenen Geschichte zusammenhängenden Vergangenheit zu klären. Während bei den heutigen Sozialisten durchaus eine personelle Kontinuität zu den realsozialistischen Machthabern vorhanden ist , ist auch der erst nach der Wende neu entstandene ungarische demokratische Konservatismus unterentwickelt, und wendet sich deshalb konservativen Werten der Horthy-Zeit zu.⁵³

⁵¹ Marsovszky 2002 S.10.

⁵² ebenda

⁵³ Vgl. ebenda

2.4.1 Abschnitte des Medienkrieges

Im Fokus dieses sowohl als Kulturkampf, wie „Teil des Klassenkampfes“ und Stammeskampf bezeichnete Konflikt standen die Nachrichtensendungen. Die empirischen Daten belegen dass die Nachrichten der führenden Fernsehanstalten - im besonderen Maß die Nachrichtensendung Hirado und Het des staatlichen Fernsehsenders MTV – voreingenommen in Richtung der jeweiligen Regierung agierten.

Die Mittel die der Ministerpräsident Antal, und seine Regierung zur Regulierung der Medien einsetzten waren von verschiedenster Art. Die Senkung der staatlichen Unterstützung für die Anstalten war nur der Beginn der „Kriegsführung“, sie reicht bis zur totalen Etatsperren. Dieses zeigte aber auf erschreckender Weise wie man ein 2/3 Mehrheitsgesetz mit einem einfachen Mehrheitsgesetz überschreiben kann. Dem folgten dann rege Streitereien und Konflikte zwischen Regierung und Staatspräsidenten, der sich auf die Seite der Medienvorstände (und somit der Kommunikationsfreiheit) begab, und dessen Befugnis und Legitimierung von der Antal-regierung deshalb immer wieder in Frage gestellt wurden. Nicht selten landeten diese Konflikte beim Verfassungsgerichtshof.⁵⁴

Doch bei all diesem“ Kriegsgeschehen“ muss für die Zeit eines erwähnt werden: nämlich das bei all den Konflikten, in den beiden Hauptmedien Radio und Fernsehen ein informelles Gleichgewicht in der politischen Berichterstattung präsent war. Im Hörfunk stand auf der einen Seite die legendär konservative Nachrichtensendung 168 ora (168 Stunden) , und ihr gegenüber die links-liberale Sendung Vasárnapi Ujság (Sonntagszeitung).Der gleiche Dualismus war im Fernsehen durch Nachrichtensendungen Hirado und Panorama, bzw. auf der anderen Seite durch die Info-Sendung Egyenleg (Gleichnis) gegeben. Dieses war somit eine etwas sonderbare Form die gegebene Gesetzeslücke zu füllen.

⁵⁴ Vgl Bajomi-Lázár 1998.S.34.

Eine Studie vom „Klub der Öffentlichkeit“ belegte nach einer qualitativen und quantitativen Analyse der Monitorgruppe, das unter der „Antall-Boross“ Regierung (1990-1994) die Nachrichtensendungen Hirado und Het, die zu der Zeit von 38 bis 42 Prozent der Bevölkerung regelmässig konsumiert wurden, mehr „gute“ Nachrichten gebracht haben, als andere Nachrichtenquellen.⁵⁵

Solche Nachrichten machten bis zu 25 Prozent der gesamten Nachrichten aus, diese Sendungen waren Instrumente der Erfolgspropaganda, „schlechte“ Nachrichten wurden oft verschwiegen. Diese Ergebnisse wurden von einer nachfolgenden quantitativen Studie in 1993 bestätigt, die belegte das die Nachrichtensendung Hirado auf die günstigen Ereignisse fokussierte, und diese einzig und allein der Arbeit der Regierung zuschrieb.

Eine dritte, qualitative Inhaltsanalyse, hatte ebenfalls das Ergebnis das die Redakteure der abendlichen Nachrichtensendungen voreingenommen und selektiv die aktuellen Geschehnisse darstellten, und durch den außerordentlich negativen Kontext, in denen sie die damalige Opposition erscheinen ließen, die Manipulation der Seher beabsichtigten.⁵⁶

⁵⁵ Vgl. Bajomi-Lázár/Monori 2007.S.3.

⁵⁶ Vgl. ebenda

In den Jahren der „Horn“ Regierung waren nach einer quantitativen Studie von 1996 in der Spalte Innenpolitik der Nachrichtensendung „Het“ die Mitglieder der Regierung in einem keinem geringeren Ausmaß als 97 Prozent vertreten. Diese bedeute die Überrepräsentiertheit der Regierungsseite sowohl nach dem englischem, wie der französische Norm.

Obwohl die Nachrichten noch immer voreingenommen gegenüber der Regierung waren, nahm diese aus längerer Sicht ab. Die Langzeitstudien aus diesen Jahren zeigten das nach den Wahlen von 1994 die positiven Ergebnisse des Landes der siegreichen Koalition zugute kommen ließ, aber in einem kleinerem Rahmen als vor den Wahlen, und das die Voreingenommenheit und Parteilichkeit der Nachrichtensendungen in der vorigen Ära eindeutig starker waren als in dieser.

Eine qualitative und quantitative Methoden ebenso verwendende Analyse von 1996 kam auf das Ergebnis dass obwohl die beiden Seiten, also Regierungskoalition und Opposition, aus quantitativem Gesichtspunkt, also wie viel Möglichkeiten sie zur Darstellung ihrer Meinungen zu einem Thema gehabt haben, gleich auf waren, die Redakteure der Nachrichtensendungen durch verschiedenen qualitative Methoden, wie die Kameraperspektive der Sprecher und des Publikums, zur Beeinflussung der Seher beitrugen.⁵⁷

Durch diese Formen der Manipulierung wurden die Mitglieder der Regierung in einem besseren Licht dargestellt, als die der Opposition. Es ist aber erwähnenswert, das Pseudoevents, wie die Übergabe von Strassen oder andere die Regierung verherrlichende Ereignisse fast völlig aus den Nachrichtensendungen verschwunden sind.

⁵⁷ Vgl. Bajomi-Lázár/Monori 2007 S.5.

Unter der Regierung vom Ministerpräsidenten Viktor Orbán wurden die Fronten des Medienkrieges wieder erhärtet. „*Die Umgestaltung der Kräfteverhältnisse in den Medien, in der kulturellen Sphäre wie in der Geschäftswelt sind die Vorbedingungen für die bürgerliche Konsolidierung!*“⁵⁸ dieses Zitat stammt von Orbán persönlich, dies ließ er im September 1998, wenige Monate dem Sieg seiner Partei in den Wahlen, verlauten und machte somit jedem klar das er zur Konfrontation mit der kritischen Presse bereitstünde. Doch seine Aussage bedeutete auch dass er zur Kooperation mit all jenen bereit ist, die seine Regeln annehmen.

Mit all diesen Aussagen knüpften also Orbán, und seine nationalkonservative Regierung an die Tradition der Medienkriege in Ungarn nicht nur an, sondern trieb dieses auf einen neuen Gipfel. Denn die Neuheit lag in der Aussprache des Ganzen. Klipp und klar formulierte der neue Ministerpräsident, dass alle kritischen Medien ab jetzt eine Benachteiligung seitens der Regierung zu erwarten hatten.

Interessanterweise waren diese Ideen recht neu, denn in der Wahlpropaganda vom Frühjahr 1998, war nicht ähnliches zu lesen, erst nach denn ersten Monaten der neuen Regierung und den ersten kritischen Stimmen seitens vieler Medien und Journalisten kündigte man die neue Kommunikationspolitik an. Seitdem aber fuhren viele seiner Politiker und Pressesprecher fort, mit der Ankündigung der sogenannten „*Medienausgeglichenheit*“ und der „*positiven Diskriminierung*“ der konservativen und rechten Medien.⁵⁹

⁵⁸ Vgl. Bajomi-Lázár 2001 S. 12.

⁵⁹ ebenda

Die konservative Regierung machte sein Versprechen war, um die ersehnte „*Medienausgeglichenheit*“ zu erreichen, mischte sie sich in die Quellenverteilung, in die Besitzverhältnisse sowie der Regelung der Presse und Medien ein. Bezüglich der Quellen (Geld wie Informationen) versorgte die Regierung die loyalen Medien mit beidem, exklusive Nachrichten und Interviews wurden diesen Medien zugesteckt.

Als bestes Beispiel ist das allwöchentliche Interview mit Orban auf Radio Kossuth zu erwähnen, im Gegensatz dazu wurden Journalisten von der kritischen Presse, sogar für Wochen aus seinem Kongress verbannt. Bei der Finanzierung gab es verschiedene Mittel, erstens inserierten staatliche Firmen ab 1998 nur mehr bei loyalen Medien, zweitens fand man verschiedenste Methoden um loyale Medienorgane staatlich zu unterstützen. Als Beispiel das Wochenblatt „*HetiValasz*“ (Wöchentliche Antwort), Eigentümer und Herausgeber war und ist Istvan Elek, der medienpolitische Ratgeber von Orban, bekam 1.5 Milliarden Forint staatliche Unterstützung.⁶⁰

Die Besitzverhältnisse einiger Medienorgane wurden auch umgeformt, als die im staatlichen Besitz gehörende Postabank, dem äußerst kritischen Wochenblatt „*MagyarNarancs*“ die Finanzierung entzog und später sogar die Namensbenutzung verweigerte. In die Kuratorien der staatlichen Medien wurden nur Regierungsmitglieder gewählt und dem entsprechend folgte das die staatlichen Fernsehsender MTV1 und MTV2 personell völlig durchgekrempelt wurden. Nicht nur die Führungspositionen wurden neu verteilt, sondern bis in die unteren Reihen wurde neues, „regierungstreues“ Personal aufgenommen und alte, oppositionelle oder einfach nur kritische Mitarbeiter entlassen.

Auch die Programmauswahl änderte sich, neue leicht. nationalistisch angehauchte Informationssendungen kamen hinzu und verdrängten ältere konventionale

⁶⁰ Bajomi-Lázár 2001.S.28.

Sendeformate. Die Nachrichtensendung „Hirado“ verkam im wörtlichsten Sinne des Wortes zu einem Sprachrohr der Regierung, welches die negativen Nachrichten bezüglich der Regierungspolitik, mögliche Fehler der Regierung, Konflikte mit Politikern in den Nachbarländern oder Skandale der Regierungspolitiker einfach nicht brachte. Stattdessen wurde sie zu einem reinen PR-Medium für die Regierung, mit mitunter haarsträubendem Berichten und Meldungen. (welche eins-zu-eins mit der Propagandamaschine der Kommunisten zu vergleichen war.)

Die Landeskörperschaft für Rundfunk und Fernsehen entzog dem liberalen Radiosender Tilos einfach seine Frequenz und gab sie dem stark nationalistischen Pannon-Radio.

Zuletzt veränderte die parlamentarische Mehrheit der Regierung die auf Journalisten bezogene Rechtsordnung. Zuerst wurde das „Durchleuchtungsverfahren auch auf Journalisten und Redakteure ausgeweitet, danach ein Gesetz verabschiedet welches die Verleumdungs- und Ehrenbeleidigungsklagen auf ein besonders hohes Maß anheben sollte.

Unter der „Orban“ Regierung (1998-2002) nahm die Parteilichkeit der Nachrichtensendungen wieder zu, diese wurde auch von mehreren Studien und Untersuchungen festgestellt. Es kam oft vor, dass nur die Vertreter der Regierungskoalition zu Wort kamen, und die der Opposition nicht. Die Medien haben im Jahr 2000 die Regierung und die Koalition überrepräsentiert, sie kamen in 73-83 Prozent der Innenpolitikbeiträge der abendlichen Nachrichtensendungen auf den Bildschirm, und dieser Prozentsatz nahm im nächsten Jahr auch kaum ab, sie betrug 66-85 Prozent. Eine andere Studie verglich die Nachrichtensendungen des staatlichen Fernsehens, mit denen des größten privaten Senders, und kamen auf das Ergebnis dass, das staatliche Fernsehen viel mehr „gute“ Nachrichten gezeigt hat als das private.⁶¹

⁶¹ Vgl. Bajomi-Lázár/Monori 2007 S.4.

Die Grundidee hinter der „*Medienausgeglichenheit*“ war und ist das im sozialistischen System die konservativen Medien dermaßen unterdrückt wurden, das durch diesen Umstand ihre „positive Diskriminierung“ legitim und nötig ist. Nach der Auffassung von konservativen Medienberatern ist die heutige Journalistenzunft in Ungarn, in einer hohen Prozentualität auf die kommunistischen Parteischreiber vor 1989 (und ihren liberalen „Kompanien“) zurückzuführen, somit ist es unbedingt nötig die wenigen konservativ gerichteten Schreiber zu unterstützen. Nach der konservativen Devise dient die Presse nicht dem Volk als Ganzes, sondern lediglich den verschiedenen politischen Strömungen und Seiten. Istvan Elek, und andere Pressemitarbeiter der Konservativen glauben nicht an einen unabhängigen Journalismus, ihrer Meinung nach ist der Idealfall wenn die rechte Presse die linke Politik kritisiert und in den Schmutz zieht und die linke das Gleiche mit der Rechten tut.⁶² Die Medienpolitiker der Orban- Regierung glauben statt an einen parteilosen, kritischen Journalismus an einen parteiisch, kritischen Journalismus. Somit stehen die konservativen Medienpolitiker gegen eine liberale Demokratie, in denen die Medien als „vierte Gewalt“ im Staat fungieren, und die Machthabenden überprüfen ob sie die ihnen vorläufig zugeteilte Macht auch nicht missbrauchen.⁶³

Nach den Medientheorien von liberalen Demokratien haben die Medien ihre Aufmerksamkeit der jeweiligen Regierungen zu widmen, denn die Opposition hat jeweils sowieso nicht genügend Macht, also kann sie schwer missbrauchen. Der liberale Medienansatz ist misstrauisch, sie geht von der „oligarchischen Faustregel“ aus, also von der jahrhundertlangen Erfahrung, dass auch demokratisch gewählte Führer ihre Position missbrauchen.

⁶² Vgl. Marsovszky 2002 S. 14.

⁶³ Vgl. <http://www.sajtoszabadsag.hu/publikaciok/orbankormany/>

Aus dieser Annahme folgt, dass die politischen Machthaber sich nicht in die Autonomie der Medien mischen dürfen, denn Kontrolleur und Kontrollierte dürfen und können nicht identisch sein. Der ansonsten normalen Bestrebung von Regierungen, ihre Politik zu erklären und zu popularisieren fällt in westlichen Demokratien unter den Aufgabenbereich des „Spin Doctorings“, und der politischen PR, bzw. der politischen Kommunikation im allgemeinen, doch in dem Fall beschränkte sich die Orban-Regierung nicht auf die üblichen Instrumente von Medienevents, sondern überschritt die Grenze zwischen legitimen politischem Marketing und unlegitimer Einmischung ganz vehement. Insbesondere im Fall der Einmischung in die Besitzverhältnisse, wobei die Begriffe Medienbeschneidung und indirekte Zensur passender erscheinen als politisches Marketing.⁶⁴

⁶⁴ vgl. <http://www.sajtoszabadsag.hu/publikaciok/orbankormany/>

2.5 Das Mediengesetz (Médiatörvény)

Nach langen Jahren der Vorbereitung und mehreren gescheiterten Versuchen wurde im Herbst 1995 das Mediengesetz erlassen, welches schließlich am 1. Jänner 1996 in Kraft trat. Ihr propagiertes Ziel war es endlich partei- und regierungspolitisch unabhängige Medien zu kreieren. Dieses sollte durch verschiedene Kontrollorgane und Gremien erfolgen, welche aus unabhängigen Medienexperten zusammengesetzt wurden.

Doch genau bei diesem Punkt der Unabhängigkeit der Experten bzw. bei der Zusammensetzung der Gremien, hagelte es schon im Vorfeld eine Unmenge an Kritik. Die Kritiker sprachen damals wie heute vom „*schwerfälligsten und gleichzeitig sensibelsten Gesetzeswerk seit der Wende*“⁶⁵, außerdem kritisierte man heftig das durch das Gesetz eher „*die Parteien offiziell in die Medien hineingebracht*“⁶⁶ wurden sind, anstatt dem propagierten Ziel der Unabhängigkeit zu folgen. Doch nach Meinung von ungarischen Medienexperten wie András Szekfü wäre dies in der ungarischen politischen und gesellschaftlichen Situation auch nicht anders möglich gewesen, denn die davor existierende Struktur baute auch nicht auf Unabhängigkeit der Medien, sondern eher auf eine sonderbare Form des Gleichgewichtes auf.⁶⁷

⁶⁵ Vgl. Szekfü in <http://www.szignummedia.hu/Archivum/1997/jan.html>

⁶⁶ Vgl. ebenda

⁶⁷ Vgl. ebenda

- ORTT

Die Landeskörperschaften für Rundfunk und Fernsehen(ORTT) das oberste Medienorgan Ungarns wurde ins Leben gerufen.

Sie vergibt Frequenzen, entwickelt neue Projekte, kontrolliert die Medienwirtschaft, beobachtet Programme und nimmt Beschwerden entgegen. Genauer definiert sie ihre Ziele selbst als „Bewahrung der Kommunikationsfreiheit, Hilfe zum Markteinstieg für Programmanbieter, Auflösung von Informationsmonopolen, Aufrechterhaltung von Unabhängigkeit der Programmanbieter sowie die Bewahrung der Pressefreiheit“, diese wagen und etwas schwierig ins Deutsche übersetzbaren Prinzipien des Gremiums waren und sind bis heute Ziele für schärfste Kritik.

Die Landeskörperschaft ist eine vom Parlament gewählte selbstständige Rechtsperson, sie hat ihren Sitz in Budapest, ihr amtliches Organ ist das Büro und ihr Aufgaben- und Befugniskreis übt sie durch die im Mediengesetz(1996) festgelegte Weise über die folgenden Organe aus:

- (a)die ORTT Körperschaftssitzung
- (b)den ORTT Präsidenten
- (c)die ORTT Mitglieder
- (d)das ORTT Büro
- (e)das ORTT Beschwerdebüro
- (f) dem Programmleistungsfond⁶⁸

Sie besteht aus 7 Mitgliedern, die von den einzelnen Fraktionen des Parlaments gestellt werden, und 1 Vorsitzender, welcher vom Regierungschef und Staatsoberhaupt gemeinsam ernannt wird(beide alle 4 Jahre)

⁶⁸vgl. <http://www.ortt.hu/>

Sie steht der Fernsehstiftung(also dem Eigentümer des ung. Fernsehens) vor, und besteht wie erwähnt aus dem Vorstand und den so genannten zivilen Mitgliedern, d.h. den Vertretern von zivilen Organisationen (Interessen- und Berufsverbände, Kirchen usw.)Der Vorstand wird mit einfacher Stimmenmehrheit vom Parlament gewählt, während die so genannten zivilen Mitglieder von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen als ihre eigenen Vertreter delegiert werden. Der Vorsitzende des Kuratoriums wird nicht von den Mitgliedern des gesamten Kuratoriums selbst, sondern nach den Vorschlägen der parlamentarischen Parteien, aus dem Kreis von dessen Vorstandsmitgliedern gewählt.

Es ist also festzuhalten, dass der Vorstand des Eigentümers des ung. Fernsehens, nämlich der des Kuratoriums der Fernsehstiftung, nicht wie üblich von Ihnen, also vom Kuratorium heraus, sondern eigentlich von außen, nämlich durch die Parteien bestimmt wird , wodurch der vorstand des Kuratoriums hinsichtlich des in ihm vertretenem Parteispektrums einem „Miniparlament“ entspricht.

Da die Befugnisse des Vorstandes sehr weit reichend sind, während jedoch die so genannten zivilen Mitglieder nur beratende und bewilligende Funktion haben, ist der Weg der politischen Einflussnahme bereits im Mediengesetz bis in den Bereich der Arbeitnehmer des MTV(der Aktiengesellschaft) zu verfolgen.

Schon allein das Mediengesetz erhöht also durch die paritätische Auswahl der Vorstandsmitglieder im Kuratorium die Wahrscheinlichkeit, dass bei Entscheidungen über die Ausschreibungen und über die Besetzung des Postens des Intendanten in erster Linie politische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. In der Praxis wird diese Möglichkeit auch weitgehend ausgenutzt.

Der Vorstand des Kuratoriums der Fernsehstiftung (der ja aus den Kandidaten der Parteien besteht) verfügt über erhebliche Mehrheitsrechte, so z.B. bei der Wahl oder Abberufung des Vorsitzenden(d.h. des Intendanten) und der Aufsichtsratsmitglieder der Aktiengesellschaft, den die Ausschreibungen sowie die Entscheidung über dessen Person gehören ausschließlich zu den Befugnissen des Vorstandes.

Auch die betriebswirtschaftliche Kontrolle der Aktiengesellschaft sowie die Kontrolle der Durchsetzung von Programmreichtlinien und die Billigung des jährlichen Wirtschafts- und Finanzplanes gehören in seinen ausschließlichen Kompetenzbereich. Da zudem der Vorsitzende der Aktiengesellschaft, d.h. der Fernsehintendant nur dem Vorstand des Kuratoriums Rechenschaft über die Tätigkeit der Aktiengesellschaft schuldig ist, nicht aber dem gesamten Kuratorium, ist es offenkundig, dass das ungarische Mediengesetz zwischen dem Vorsitzendem und den so genannten zivilen Mitgliedern des Kuratoriums auf ungewöhnliche Weise differenziert, indem es den Vertretern der gesellschaftlichen Organisationen lediglich Statistenrollen zuweist. Die nicht näher begründete interne hierarchische Differenzierung zwischen den zivilen Mitgliedern auf der einen und dem Vorstand des Kuratoriums auf der anderen Seite birgt ein hohes Konfliktpotential in sich, schwächt das Vertrauen der zivilen Mitglieder in den Vorstand und gefährdet dadurch die Wirksamkeit der Arbeit des Gremiums.⁶⁹

Somit ist es klar ersichtlich, weshalb es die heftige Kritik bezüglich des Mediengesetzes und vor allem wegen der politischen Abhängigkeit des Gremiums und damit des gesamten ungarischen staatlichen Fernsehen gibt.

⁶⁹ Vgl. Marsovszky 2002.S.14.

2.5.1 Kritik am Mediengesetz

Eine der schärfsten Kritikerin des Mediengesetzes war und ist die in Deutschland publizierenden Medienforscherin Magdalena Marsovszky, von der schon einiges zitiert und auf deren Werke schon öfters in der Arbeit bezogen wurde. Ihre unhäufige starke Beeinflussung der vorliegenden Arbeit verdankt sie dem Umstand das sie in Deutschland lebt und publiziert, welches ihr den unbedingt nötigen Abstand zu diesem in Ungarn äußerst brisanten Thema ermöglicht, das für eine relative Unabhängigkeit nötig ist.

Sie schreibt über das Mediengesetz:

„Anstatt einer gesellschaftlichen Aufsicht wurde einerseits der parteipolitische Einfluss institutionalisiert, andererseits sind die komplizierten Strukturen und Vorschriften des Mediengesetzes selbst gewissermaßen direkte Früchte des Medienkrieges und Ausdruck der vergifteten politischen Atmosphäre, die in Ungarn schon kurz nach der Wende im kulturellen Bereich entstanden ist“⁷⁰

Es hagelte weitere Kritik am Mediengesetz, viele Experten formulierten konkret ihre Beschwerden, und es entstand langsam eine Diskussion.

Grundsätzlich wurde kritisiert dass keine institutionellen Strukturen und Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen wurden, welche die Unabhängigkeit und Fortbestehen der elektronischen, besonders der öffentlichen-rechtlichen Medien sichern würden.

⁷⁰ Marsovszky 2002 S.14.

Außerdem wäre das Gesetz weder im Einklang mit den Anforderungen der Europäischen Union, noch mit denen des rasanten technologischen Fortschrittes im Bereich der Medien. Nach Ansicht von führenden Medienforschern des Landes waren in Ungarn die Bedingungen für eine Medienpolitik westlichen Standards noch immer nicht vorhanden, denn Medienpolitik bedeutet sowohl die Auswahl der Wertpräferenzen, wie auch die Ausarbeitung der technischen Details. Ihre Aufgabe besteht darin eine institutionelle Struktur zu schaffen, welche die medientechnologischen, wirtschaftlichen, und regulierenden Trends im In- und Ausland mit einbezieht um in ihren Bauelementen kohärente, finanzierbare und durch geeignete Wertpräferenzen ausgewählte Ziele zu erreichen.

Im günstigen Fall fasst ein Mediengesetz eine solche Kommunikationspolitik in einen geeigneten rechtlichen Rahmen, und versucht Fehler zu vermeiden, wie die Vermischung von Formen der öffentlichen Stiftung und Aktiengesellschaft. In ungünstigen Fällen dominieren andere Gesichtspunkte und/oder werden falsche Fragen gestellt, wie denn ein, dem europäischen Normen entsprechendes, Gesetz denn aussehen könnte.⁷¹

⁷¹ Vgl.Szente 2001 S. 4.

Der Rat der 6 Parteien, welches das Mediengesetz von 1996 geschaffen hatte, beging beide der Fehler:

- Erstens begrub der Zwang eine politische Lösung zu finden, das Gesetz völlig unter sich.⁷² Unter diesem Gesichtspunkt erschien das Kuratorium, welches zur Hälfte aus Mitgliedern der Regierungsparteien, und zur anderen Hälfte aus der, der Opposition bestand, als ein vernünftiger und anständiger Versuch die einseitige Beeinflussung zu verhindern. Das Rechnung ging nicht auf, und das Problem behielt seine Aktualität, denn es ist nicht eindeutig, was denn die beste Methode zur Ernennung der Komiteemitglieder sei, um ein die Dominanz einer der beiden Seiten zu verhindern.

- Zweitens ist es aber eher mit dem Fehlen einer medienpolitischen Ausarbeitung, als mit politischen Gründen, zu erklären, das viele Stellen des Gesetzes die westlichen Modelle, auf einer auf die ungarischen Verhältnisse unanwendbaren Weise mechanisch übernahm. Diese fachliche Fehlleistung ist deshalb verständlich da in 1995, die meisten Bedingungen für eine Medienpolitik nach westlichem Selbstverständnis nicht gegeben waren.⁷³

⁷² Wobei man aber nicht vergessen darf, dass man mit diesem Rat als erstes die Erneuerung der Medienkriege zu verhindern versuchte. Diese war zu der Zeit ein sehr eiliges Thema, denn die Medienkriege, wie in der vorliegenden Arbeit bereits erwähnt, machten vielen Medienmachern die Arbeit fast unmöglich.

⁷³ Vgl Szente 2001 S.5.

2.5.2 Die 3 Grundprobleme des Mediengesetzes

Nach Ansicht von Peter Szente, die in den Reihen der ungarischen Medienforscher auf ein breites Einverständnis stößt, sind die Probleme des Mediengesetzes, auf die eine Lösung gefunden werden muss, um die folgenden 3 Behauptungen anzuesiedeln:

1. Das Gesetz von 1996 hat die institutionellen Strukturen und Finanzierungsmöglichkeiten nicht geschaffen, welche nötig wären um die Unabhängigkeit und Fortbestehen der elektronischen, besonders der **öffentlich-rechtlichen** Medien zu garantieren. Diese politische Abhängigkeit wird bizarrer Weise von der **Objektivitätsdoktrin** des Mediengesetzes verstärkt.
2. Das Gesetz nahm in keiner Weise Bezug auf das in 1996 bereits existierende und seitdem exponentiell **raschen technischen Fortschritt**. (der Begriff „Digitalisierung“ kommt in keiner Form im Gesetzestext vor)
3. Der Gesetzestext ist in war in keiner Weise **eurokonform**, denn Teile, wie die quantitativen Praferenzen für heimische Betriebe, waren mit der Mitgliedschaft in der Eu nicht vereinbar.⁷⁴

Die beiden letzteren Punkte werden in der Arbeit zuerst behandelt, da der erste Punkt einem wesentlich größeren Umfang an Darstellung und Thematisierung für sich in Anspruch nimmt.

⁷⁴ Vgl Szente 2001.S.6.

technischer Fortschritt

Zum Problem des technischen Fortschrittes, muss man mit der Frage beginnen für wie lange man eine Medienregulierungen überhaupt entwerfen und planen sollte? Nach der Ansicht von Szenté ist die obere Grenze für eine Medienregulierung 5 Jahre⁷⁵, da dies ein Zeitraum ist in dem die rasch fortschreitende Entwicklung in dem Bereich der Medien einigermaßen voraus zu sehen ist. Die längerfristige Planung, für Jahrzehnte, ist nicht Ziel führend, denn die Veränderungen und Neuerungen im Bereich der Technologie sind viel rascher, und machen sogar ein paar Jahre alte Entwürfe schnell obsolet.

Gleichzeitig muss man erwähnen dass die ungarische Lage etwas differenzierter betrachtet werden muss, da die digitale Revolution in Ungarn noch etwas auf sich warten lässt. Es ist nicht schwer vorauszusagen, dass ein breiter Teil der Bevölkerung, auch nach der Digitalisierung, nur die Kanäle empfangen wird, die terrestrisch ausgestrahlt werden.

Sogar bei dem sehr unwahrscheinlichen Optimalfall, also bei einer Kombination von staatlicher Hilfe und privaten Anbieter, muss man damit rechnen dass die neuesten Errungenschaften der Technik erst viel später zu den Durchschnittsverbrauchern kommen, als zu der gut situierten Elite, beziehungsweise das große Teile der Bevölkerung durch den „digital gap“, erst Jahre (wenn nicht Jahrzehnte) später an die technischen Mittel zur reibungslosen Rezeption der neuen , digitalen Medien kommen.⁷⁶

⁷⁵ Vgl Szenté 2001.S.6.

⁷⁶ Diese zeigen auch die nur langsam steigenden Zahlen von Internetusern in ländlichen und benachteiligten Regionen.

EU Konformität

Zu dem Problem der EU Konformität ist anzumerken, dass eine gründliche Durchdenkung und Reformierung des Mediengesetzes bedarf, um es an die Vorgaben der Union zu synchronisieren. Denn es enthält zahlreiche Klausel für heimische Unternehmen und Anbieter, die mit den Normen des freien Marktes nicht übereinstimmen.

Diese Harmonisierung begann bereits 2002, durch ein vom ganzen Parlament beschlossenes Gesetz zur Medienharmonisierung, welches eine der Voraussetzungen für den Beitritt des Landes in die Europäische Union gewesen ist. Die vorgegebene Richtlinie⁷⁷ der Europäischen Union hat als Grundziel die Vereinheitlichung des Marktes, und dient als Gerüst für die Regulierung der elektronischen Medien. Ihre Ziele beinhalten die Abschaffung der Hindernisse der freien Verbreitung von Sendeleistungen, die Sicherung des freien Empfanges für die Bürger der EU, die Festhaltung gewisser inhaltlicher Anforderungen, womit die Voraussetzungen für die Sendeanbieter in den verschiedenen Mitgliedsstaaten den Weg zur Vereinheitlichung antreten, sowie die Stärkung der europäischen audiovisuellen Industrie.

Dabei war und ist bis zum heutigen Tag, eines der größten Probleme, die Deutung der Richtlinie für die audiovisuellen Anbieter, in dem Konflikt der kulturellen und wirtschaftlichen Natur dieser. Die wirtschaftliche Komponente hat in den letzten Jahrzehnten zwar stark an Raum gewonnen, doch erfolgte eine Wende zur Gunst der kulturellen Deutung.⁷⁸

⁷⁷ 30. April 1986 von der Europäischen Kommission als Plan vorgeschlagen, und nach langen Diskussionen am 3. Oktober 1989, Television Without Borders Guideline erlassen. (89/552/EGK) , 1997 grundsätzlich durch die Richtlinie 97/36/EK modifiziert.

⁷⁸ Vgl. Nyakas 2008 S. 7.

öffentlich-rechtliche Sender

Das Problem bezüglich der öffentlich-rechtlichen Sender ist ein äußerst komplexes und bei weitem nicht nur auf Ungarn begrenzt, das System der öffentlich-rechtlichen Sender ist ein europaweites. Es gilt heutzutage in weiten Kreisen, der sich mit der Thematik befassenden Forscher als akzeptiert, dass die vielleicht wichtigsten Korrektionsmechanismen und Institutionen der Mediensysteme, die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radioanstalten in den postkommunistischen Transitionstaaten nicht zustande kamen.⁷⁹

Es scheint auch weitgehend Konsens zu herrschen über die Annahme, dass diese öffentlichen Medienanstalten in diesen Staaten gar nicht zu Stande kommen konnten. Das heißt es geht hier nicht um eine Art Verschwörung, einem machttechnischen Fehler oder einer falscher Regulierung, welches im Nachhinein und auf aufklärender Weise auszubessern ist.

Der englische Medienforscher Sparks betrachtete die Medienentwicklung in den Staaten Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei nach dem Regimewechsel und folgert daraus:

„Wir können die Konsequenz ziehen das, unabhängig von den Regelungen und Gesetzeslage in Ost- und Mitteleuropa, in diesen Ländern nicht die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen die zu einer Blüte der öffentlichen Medien führen könnten, bestehen. Die Annahme das mit der Geburt des Rechtstaates, des frei gewählten Parlaments und des unabhängigen Gerichtshofes, gleichzeitig ein Zustand der demokratischen Meinungsäußerung der Öffentlichkeit mit hergeht, und dementsprechend die Entscheidungen gefällt werden, erwies sich als Naivität. Für die gesamte Region, unabhängig von rechtlichen Regelungen, ist die tiefe

⁷⁹ vgl Mungiu-Pippidi 2001. S. 11.

Durchdringung der Medienregulierung durch die Politik, als politische Realität zu bezeichnen.“⁸⁰

Diese ist wohl auf die medientheoretische These, und deren Akzeptanz, zurückzuführen, das sich das Mediensystem nach dem jeweiligen Gesellschaft- und Wirtschaftsmodell richtet, und ihren Hauptzügen nach dessen Abhängige ist. Das zähe Fortbestehen der Autorität in diesen Gesellschaften und in den Kreisen der Machthabenden, ist für die Entwicklung einer wirklich öffentlichen-rechtlichen Medienanstalt äußerst ungünstig.⁸¹

Doch ist auch anzumerken das in den „älteren“ Demokratien Europas auch einige Problem bezüglich der öffentlich-rechtlichen Medien anzutreffen sind. Schon seit dem Erscheinen der ersten privaten Sender mit hohen Zuschauerzahlen wird darüber in Fachkreisen diskutiert. Die Frage um die Legitimität des öffentlich-rechtliches Fernsehen und Radios, und im besonderem Ausmaß um dessen Unterstützung und Finanzierung, schwebt seit einiger Zeit in ganz Europa in der Luft.

Bei der BBC lautet die Standardantwort auf die Frage nach der Legitimierung, dass während die privaten, marktorientierten Sender die Gewinnmaximierung als Ziel haben, die BBC auch Informations-, Unterricht-, und Unterhaltungsfunktion hat.⁸² Ihre Definition besagt die unparteiliche und objektive politische Berichterstattung, sowie das Senden von Kunst-, Wissenschafts-, und Kultursendungen. Doch ist ihr Sortiment nach eigenen Angaben so professionell wählerisch gestaltet, das sie ein großes Publikumsegment damit erreicht. Somit fällt sie nicht unter die eindrittel Hürde bei den Zuschauerprozenten, welche das Wegfallen der Zuschauergebühren zu Folge hätte.

⁸⁰ Sparks in Bajomi-Lázár 2002 S. 12.

⁸¹ vgl Bajomi-Lázár 2002 S. 14.

⁸² vgl Bajom-Lázár 2001 S. 6.

Als Gegenbeispiel für öffentlich-rechtliches Fernsehen erscheint der italienische Sender RAI als geeignet, die zwischen den politischen Parteien aufgeteilt existiert. Zwar kämpft sie auch nicht um Zuschauerzahlen, im Gegenteil, doch ist ihr Programmangebot doch recht weit entfernt von der gewünschten kulturellen Leistung eines solchen Senders.⁸³

Diese Polarisierung der europäischen öffentlichen Sender, wird auch von Bajomi-Lazar thematisiert. Er sieht drei theoretische Drehbücher für die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten:

1. der hohe Erfolg der privaten Sender zeigt dass die öffentlich rechtlichen Sender nicht mehr gebraucht werden, und sie sollen geschlossen werden.
2. eben wegen den hohen Zuschauerzahlen der privaten Sender, müssen die traditionellen und alternativen Inhalte ausstrahlenden Anstalten unterstützt und gefördert werden.
3. die öffentlich-rechtlichen Sender werden zwar nicht mehr gebraucht , doch braucht man öffentliche Sendeinhalte, dessen Herstellung wird gefördert, und die Infrastruktur eingespart⁸⁴

Zu diesen drei Möglichkeiten fügt Miklos Györffy, noch eine vierte, mögliche Lösung dieses Problems hinzu:

4. die Vorstellung eines privaten Senders, welches öffentliche Sendungen ausstrahlt, somit wäre diese endlich entpolitisiert, da aus der Hand der Regierung und der Parteien genommen.⁸⁵

⁸³ vgl Bajomi Lázár 2001 S. 12.

⁸⁴ ebenda

⁸⁵ vgl Györffy 2001 S.1.

Die Vorstellung eines entpolitisierten öffentlich-rechtlichen Senders ist für die meisten Medienexperten ideal, aber auch leider etwas utopistisch. Denn Sandor Szilagyí schrieb bereits 1992 im Magyar Narancs über das Verhältnis von Politikern und öffentlich-rechtlichen Medien:

„Die Politiker mögen die öffentlich-rechtlichen Medien aus dem Grund dass sie in diesen umsonst auftreten können.“⁸⁶

Diese Aussage hat heute genauso Gültigkeit, und so sehen die meisten Experten kaum Chancen dass die öffentlich-rechtlichen Sender entpolitisiert werden könnten. Dieses Problem der Objektivität und der Unabhängigkeit, versuchte man durch das Mediengesetz, und durch die Landeskörperschaft ORTT zu lösen, aber tatsächlich modifizierte man nur das Problem, und hob es dazu noch auf eine höhere Ebene.

⁸⁶ Vgl Szilagyí in Magyar Narancs 05.12.1992 S.17.

2.5.3 Die Frage der Objektivität

Diese Politisierung der Medien wird teilweise durch ein sehr folgenschweres Problem des umstrittenen und reformbedürftigen Mediengesetzes, der Doktrin der Objektivität und der Ausgeglichenheit möglich gemacht. Nach dem gültigen Mediengesetz müssen die Redakteure der Fernseh-, und Rundfunksendungen objektiv, unparteiisch, neutral, ausgeglichen und faktisch über die politischen Geschehnisse berichten.⁸⁷

Da aber die Verletzung der Objektivität oft als Vorwand für den politischen Eingriff in die Autonomie der Medienanstalten genutzt wird, ist die Durchführbarkeit dieser Objektivitätsdoktrin äußerst umstritten. In nachfolgenden werden die Begriffe Objektivität und Ausgeglichenheit, wie in dem Gesetzestext auch, als Synonym füreinander verwendet, und ein Versuch gemacht die etwas bizarre Lage in der ungarischen Medienlandschaft darzustellen.

Vor allem in Wahlkampfzeiten steigt die Aufmerksamkeit, meist von Seiten der Parteien, auf den politischen Journalismus. Jedoch, da in Ungarn seit 1998 praktisch ständig Wahlkampf herrscht, stehen die Journalisten unter immer größeren Druck. Die einander folgenden Wellen von Wahlkampfkampagnen - Europäisches Parlament-, Parlaments-, und Regionalwahlen, dazu noch die von verschiedenen Parteien initiierten Volksabstimmungen- bedeuten eine fast permanente Mobilisierung.

Parallel mit Erschärfung des Kampfes um die Erhaltung oder Erhalt der politischen Macht, wächst auch der Druck seitens der Politiker, der Medieninvestoren, sowie des Publikums auf die Journalisten.

Der Paragraph 4. des umstrittenen Mediengesetzes besagt also, das alle Nachrichtensendungen in den lokalen, regionalen und landesweiten, öffentlichen und privaten Medien objektiv sein müssen.

⁸⁷ vgl. Mediátörvény § 4.

Diese Regelung hat das Beschwerdenkomitee der Landeskörperschaft für Rundfunk und Fernsehen (ORTT) ins Leben gerufen, welches die Aufgabe hat die eingelangten Beschwerden wegen Verstöße gegen die Objektivität zu untersuchen.

Hinter der Objektivitätsdoktrin stehen im Besonderen drei Grundgedanken (1) die informierte staatsbürgerliche Entscheidungsfindung, (2) die Frequenzknappheit und (3) die Repräsentativität im parteipolitischen Sinn.

1. Nach der allgemeinen Vorstellung können die Bürger des Staates nur aus den Medien die relevanten Informationen erhalten, die sie für eine politische Entscheidung brauchen. Somit war man der Meinung dass die Objektivität der Berichterstattung, eine Grundvoraussetzung für die Volksouveränität ist.
2. Das Argument der Frequenzknappheit besagt dass die Frequenzen, bei terrestrischer, analoger Ausstrahlung, stark limitiert sind. Somit müssen auf den verfügbaren Frequenzen alle relevanten Meinungen vorgestellt werden, also auf Ausgeglichenheit hin gearbeitet werden.
3. Die Repräsentativität im parteipolitischen Sinne will dafür sorgen dass keine Partei in eine günstigere Lage am „Marktplatz der Ideen“ nach Milton kommt, also im Kampf um die Wähler einen Vorteil erhält.

Diese Grundgedanken sind aber aus mehreren Gründen streitbar. Die Behauptung dass die Staatsbürger zur Teilnahme am demokratischen Prozess die objektive Berichterstattung der Medien benötigen ist bloß eine Hypothese. Denn die Teilnahme ist nicht unbedingt eine rational, abgewogene Entscheidungsfindung, diese besagt schon die klassische Wirkungsforschung bei Klapper, sowie McCombs und Shaw. Diese besagen das die Rezipienten die ihren Einstellungen gegensprechende Argumente links liegen lassen, und die medial präsentierten Fragen, jeweils nach ihrer persönlichen, bereits vorhandenen politischen Präferenz werten.⁸⁸

Das Frequenzknappheitsargument wird von der technischen Entwicklung in Frage gestellt. Da in den letzten zwei Jahrzehnten zu den terrestrischen, analogen Radio- und Fernsehsendern, zahlreiche Kabel, Satellit und Internetradios gekommen sind. Mit der digitalen Wende, die 2012 geplant ist, ist dieses Argument der Frequenzknappheit schließlich entgültig völlig entkräftet.

Das Element der politischen Repräsentativität ist besorgniserregender als die beiden vorhergehenden Grundgedanken, denn wegen der Verletzung dieser sehen sich heutzutage die Medienanstalten zahlreichen parteipolitischen Angriffen gegenüber.

Das heißt das dieser Punkt den politischen Kräften erlaubt, bei der Verletzung dieser Verpflichtung, einen Eingriff in die Freiheit der Redaktionen, in die Autonomie der Medien vorzunehmen. Im speziellen deshalb, weil es sich um eine unerfüllbare Verpflichtung handelt.

⁸⁸ Vgl. Bajomi-Lázár 2003 S. 4.

Von den ungarischen Medienbehörden erwarten die Medien deshalb einen Wegweisung in Bezug, in welchem Verhältnis Regierung und Opposition auf dem Bildschirm erscheinen sollten. Diese amtliche Weisung könnte die aufgeheizte Stimmung etwas abkühlen, und den politischen Druck auf die Medien lindern, doch die Landeskörperschaft für Rundfunk und Fernsehen halt sich zurück und gibt nur quantitative Analysen heraus.

Im Beschwerdenkomitee aber werden zahlreiche Entscheidungen zum Nachteil der Medien, wegen Verstöße gegen die Objektivität, getroffen. Gleichzeitig wenn eine Partei, Organisation oder eventuell ein fanatischer Beschwerdenschreiber, geschickte Beschwerden verfasst, können die Nachrichtensendungen von außen manipuliert werden.⁸⁹

⁸⁹ Vgl. Bajomi-Lázár 2003 S.7.

-Objektivität in der Praxis der ungarischen Fernsehanstalten

Objektivität ist ein Begriff, um welches seit dem in Kraft treten des Mediengesetzes, heftige Diskussionen laufen. Denn die Landeskörperschaft hat selber keine Vorgaben zu der genauen Definition der Ausgeglichenheit gegeben, so kann jedes Medium selbst entscheiden ob es lieber dem französischen eindrittel-eindrittel-eindrittel(Regierung – Regierungskoalition – Opposition) Prinzip, für die Wortmeldungen der politischen Teilnehmer entscheidet, oder ob sie dem englischen halb - halb(Regierung - Opposition) Modell folgt.

Die ORTT hat nur für den Zeitraum von politischen Kampagnen, eine Empfehlung für das französische Modell herausgegeben. Doch an dieses halten sich kaum die Fernsehanstalten, den die beiden führenden kommerziellen Sender RTL Klub und TV2 haben sich für das englische Prinzip entschieden.

Die Landeskörperschaft ist also nicht in der Lage sich nach einem von ihrem selber herausgegebenen Verhältnismodell in Bezug auf die Objektivität, zu richten. Somit basieren die meisten ihrer Entscheidungen auf einer formalen Logik (neben einem Sprecher der Regierung, gehört es sich einen der Opposition zu senden)

Dieser Mechanismus bedeutet aber, das im Fall das aus einer Nachrichtensendung ein Sprecher der Regierung, oder einer der Opposition fehlt, dann hat die ausgelassene Seite automatisch das Recht auf ein Erscheinen im nachhinein. So ist es für die Redakteure einfacher, automatisch der Sendeordnung Regierung/Opposition zu folgen, um somit Unannehmlichkeiten aus dem Weg zu gehen. Das Ergebnis dieser Praxis ist aber das dieser „eingebaute Verhältniszensur“ jedes Medium näher an die 50-50 Prozent Modell bringt, und zwar auch außerhalb der Kampagnenzeit.⁹⁰

⁹⁰ Vgl. Bajomi-Lázár 2003 S.14.

Diese hat aber weitgehende Folgen in Richtung der Parteipolitisierung der ungarischen Medien, genauer gesagt trägt es zur Erhärtung der biopolaren Parteistruktur bei. Die eines der größten Probleme der ungarischen Politik heutzutage darstellt.⁹¹

Es ist verständlich dass die Parteien an einer möglichst breiten Verbreitung ihrer Meinung interessiert sind. In einer modernen Demokratie ist die mediale Öffentlichkeit wichtig. Trotzdem wirft diese Praxis der Beschwerdenkommission des ORTT grundlegende medienpolitische Fragen auf. Das die Medien keine freie Entscheidungsmöglichkeit darüber haben, welche Anliegen sie separiert von den parteipolitischen Schlachten behandeln ist äußerst bedenklich.

Hinter den Entscheidungen des ORTT verbirgt sich ein bestimmtes Prinzip, welches die Praxis jeder Wortmeldung der einen Seite, eine Wortmeldung der gegenüberliegenden Seite nachfolgen zu lassen. Diese könnte eine explizite Regel des Mediengesetzes sein, doch wurde es aus unbekanntem Grund 1995 darauf verzichtet. Jetzt ist die Praxis der Beschwerdenkommission jene die das Grundprinzip der Objektivität als parteipolitischer Automatismus versteht. (eine Regierungsmeldung -eine Oppositionsmeldung)

Die größte Falle dieser Objektivitätsdoktrin liegt in ihrer Ambitioniertheit selber. Sie impliziert, das - wie die Wissenschaft - die Medien selber zur vollständigen Informierung der Rezipienten über die Einzelheiten der Ereignisse, die komplexe Wahrheit, die tieferen Zusammenhänge, die Hintergründe fähig sind. Dieses zu erreichende Ziel ist aber nicht im Einklang mit den Möglichkeiten. Die Radio- und Fernsehsendungen sind nicht identisch mit wissenschaftlichen Foren. Wegen ihren strukturellen Eigenheiten, vor allem der begrenzten Sendezeit, können sie statt dem Ganzen nur bestimmte Segmente aufdecken.⁹²

⁹¹ Vgl. Bajom-Lázár 2005 S.4.

⁹² Vgl. Bajomi-Lázár 2003 S.16.

Die Frage der Objektivität in der journalistischen Berichterstattung beschäftigt viele Experten seit Jahren und der Fakt das es keinen reinen objektiven Journalismus geben kann spaltet die Branche. Manche behaupten, dass dies kein Grund zu dazu sei, nicht auf die möglichst objektivste Weise zu berichten. Wieder andere sind der Meinung dass daraus folgend Objektivität gar kein zu erreichendes Ziel im Journalismus sei, der Journalist dürfte getrost seine eigenen subjektiven Eindrücke Miteinbeziehen.⁹³

Unabhängig von der bezogenen Position in dieser heiklen Frage, ist das im Mediengesetz festgeschriebene Objektivitätsdoktrin als sehr fragwürdig zu bezeichnen. Denn dadurch formuliert das Gesetz eine unerfüllbare Forderung, und ermöglicht somit den politischen Parteien die Druckausübung auf die Medien. Die Frage der Objektivität muss der journalistischen Selbstregulierung überlassen werden, also dem Urteilsvermögen der Journalisten überlassen werden, ob sie die dazugehörigen fachlichen Normen für befolgungswürdig erachten.

⁹³ Vgl. Bajomi-Lázár 2003 S.6.

2.6 Konzepte für ein neues Mediengesetz

Um ein funktionierendes, gerechteres und angebrachtes Mediengesetz zu schaffen, bedarf es nach den Angaben von mehreren Medienforschern, eines Expertenkomitees, nach dem englischen Vorbild der Royal Commission. Der öffentlich-rechtliche Sender BBC gilt in den Reihen der ungarischen Medienforscher als Nonplusultra der Medienregulierung im öffentlich-rechtlichen Sektor. Die Royal Commission, die eine von der Regierung ernannte unabhängige Expertenrunde ist, wird alle 10 Jahre gebeten, eine gewünschte Richtung der öffentlich-rechtlichen Senders BBC vorzugeben. Zur gleichen Zeit ernennt die BBC ihre eigene, innere Expertenrunde, aus Managern und Redakteuren bestehend. Beide Seiten ziehen in ihre Arbeit sowohl Experten, wie auch Forschungsinstitute hinein, um ein komplexes Bild aus den soziologischen Trends, den zu erwartenden technischen Neuerungen, sowie den die bereits existierenden und in der Zukunft zu erwartenden europäischen Richtlinien zu bekommen. Regierung und BBC veröffentlichen beide ihren Vorschlag über die benötigten Aufgaben, mit den dazugehörigen Instituts-, Finanzierungs- und Aufsichtsmaßnahmen.⁹⁴

Nicht nur die BBC und die englische Regierung fertigen gründliche Analysen und Vorschläge an, sondern auch die anderen Teilnehmer des Medienmarktes, sowie die Zuschauerlobbys und die Politiker der Opposition. Wichtig ist auch die Funktion der Medienforscher und Experten, welche bei der Vorbereitung des Gesetzesentwurfes diesen fortwährend analysieren und diskutieren. Dies ist mitunter einer der Gründe warum die BBC und ihre Regulierungs-, und Finanzierungsmaßnahmen von zahlreichen Medienexperten als Vorbild bezeichnet werden.

⁹⁴ Vgl. Bajomi-Lázár 2001 S.13.

Dieses garantiert die fachliche Expertise und den demokratischen Diskussion, welche als Vorannahmen eines legitimen Endergebnisses zu bezeichnen sind, doch da dieses ein sehr zeit-, und kostenaufwändiges Unterfangen darstellt, hat man in Ungarn lange darauf verzichtet. Wobei die Behauptung nicht völlig legitim ist, denn bereits 1994 agierte ein Expertenkomitee mit acht Mitgliedern, welche vom damaligen Justizminister, sowie dem Kulturminister amtlich beauftragt wurde, einen kohärenten Mediengesetzentwurf zu formulieren. Nachdem aber dieser Entwurf am im Oktober des gleichen Jahres fertig gestellt und vorgelegt wurde, wurde es von amtlicher Seite völlig ignoriert und verschwiegen.

Erst als sich die Kritiken am Mediengesetz und an der Medienregulierung häuften, wurden im Jänner 2003 vom Präsidentenamt die Medienexperten Mihály Gálík, János Horváth und Péter Szente beauftragt ein Konzept für ein neues Mediengesetz zu erarbeiten. Nach eigenen Angaben waren die Forscher darauf bedacht das Projekt von fachlicher – medienpolitischer –Seite anzugehen, und mit genügend Zeit und mehreren aufeinander aufbauenden, einander korrigierenden Phasen zu verwirklichen. Sie konsultierten bei ihrer Arbeit mit keinen Politikern, weder der Regierung, noch der Opposition, sondern nur mit Experten des Faches.⁹⁵ Diese mag selbstverständlich anmuten, doch die Heraushebung seitens der Forscher, zeigt wie politisch durchflossen diese Thema in Ungarn ist.

⁹⁵ Vgl. Szente/Agárdi/Bayer/Cseh/Gellért Kis/Haraszti/ Molnár/Náhlík/Szalai/Szekfü 2003 S. 8.

Diese Konzept wurde schließlich am 24 September desselben Jahres an der Corvinus Universität im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Die Forscher hatten die Absicht einen breiten Dialog innerhalb des Faches zu generieren, und somit möglichst bald zu einer endgültigen Version des neuen Gesetzes zu kommen. Die Studie bestand aus 6 Kapiteln. Im ersten Kapitel versuchten die Forscher eine Antwort auf die Frage der Zukunft der öffentlich-rechtlichen Sender, sowie der geeigneten Medienkontrolle zu finden. Im zweiten geht auf die Frage der Regulierung der privaten Sender ein, und streift kurz die Problematik der lokalen und non-profit Sender. Der dritte Teil befasst sich mit der Regulierung der Werbeeinschaltungen. Das vierte Kapitel behandelt die Kabelfernsehanstalten, der fünfte die Besitzverhältnisse, und den Kreuzbesitz. Der sechste und finale Teil geht auf das digitale Zeitalter und die deshalb entstehenden Fragen ein:

1. Die Basisfrage lautete ob öffentlich-rechtliches Fernsehen, bei der Fülle von Sendeanbietern überhaupt noch benötigt wird? Falls ja, ist die Finanzierung von Sendeanstalten aus öffentlichen Geldern legitim, oder wäre es nicht zielgerechter nur öffentliche Inhalte und Sendungen zu finanzieren? Nach Ansicht der Experten ist es nur von der öffentlich-rechtlichen Sphäre erwartbar, dass die zum Funktionieren der Demokratie nötigen, breit gefassten, vielseitigen und sachlichen Nachrichten – und Informationssendungen gesendet werden, und verschiedenen Ansichten dargestellt werden. Nur auf dieser Basis sehen sie die breite kulturelle Vielfalt gesichert, die zur Erhaltung der Kultur einer kleinen sprachlichen Gemeinschaft notwendig ist.⁹⁶ Dazu eignet sich eine Anstalt besser, denn nur so ist ein kohärentes Angebot gesichert. Bei der Frage der Finanzierung bedarf es bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten einer gründlichen Reformierung. Auf Werbeeinschaltungen solle völlig verzichtet werden, da diese die Unabhängigkeit nicht ermöglichen, und die bisher nicht wirklich funktionierenden Fernsehgebühren sollten auch wegfallen. Es wird als eine bessere Alternative erachtet, eine staatliche Finanzierung aus dem Budget, im angemessenen Maß und an die Inflation gebunden, einzuführen. Die

⁹⁶ Vgl. Szente/Agárdi/Bayer/Cseh/Gellért Kis/Haraszti/Molnár/Náhlík/Szalai/Szekfü 2003 S. 56.

Strukturteil des Kapitels sieht vor die öffentlich-rechtlichen Anstalten in Aktiengesellschaften umzuwandeln. Bei der Medienkontrolle sieht das Expertenkomitee vor das in der Landeskörperschaft für Rundfunk und Fernsehen die Mediendirektion von Deutung der verschiedenen Paragraphen zu pro-aktiven Medienstrategie und Medienmanagement wechselt. Dazu muss die Körperschaft in zwei separate Teile aufgeteilt werden: Erstens in die die Körperschaft für Medienstrategie, das die Eigen- und Partnerregulierung als Aufgabe haben soll, die Verwendung der nötigen Studien sowie Bezugnahme auf internationale Trends sind für diese Körperschaft ebenso Vorgaben seitens der Forscher , wie die Ernennung der Personen an die Spitze der Sendeanstalten. Zweitens in die Körperschaft für Inhaltskontrolle , welches die Einhaltung der inhaltlichen Vorgabe als Hauptaufgabe hat, in beiden Bereichen, sowohl öffentlich, wie auch im privaten. Die Ernennung einer neuen Beschwerdenbehörde, welche Fragen der Medienethik behandeln soll, unterliegt auch dieser Körperschaft. Um die politische Unabhängigkeit dieser beiden Körperschaften zu ermöglichen, soll eine obere Instanz geschaffen werden, die Nationale Körperschaft für Medien, welche aus unabhängigen, fachlich anerkannten Experten bestehen solle, und eine gewisse Pufferzone zwischen Politik und den beiden Körperschaften darstelle. Für ihre Ernennung gibt es zwei Pläne: A. Die Leiter von Institutionen mit großen Prestige(Opernhaus, Nationaltheater, usw.) kommen ex officio in die Körperschaft. B. Das Mitglieder werden vom Parlament mit einer zwei-drittel Mehrheit gewählt.

Im Vorschlag enthalten ist noch die Mitarbeit mit Fach- und Zuschauervertretungen, dessen Mitglieder von Fachorganisationen delegiert, beziehungsweise in statistisch repräsentativer Weise zusammengesetzt, werden.

2. Bei privaten und non-profit Sendeanstalten sieht der Vorschlag eine Differenzierung zwischen Radio und Fernsehen vor. Diese hat den Grund das, während bei Radioanstalten die lokalen Märkte eine ziemlich wichtige Rolle spielen, ist dies bei den Fernsehanstalten nicht der Fall. Die Loslösung von strengen Vorgaben des alten Gesetzes, und die Eingliederung in das oben skizzierte System der Medienkontrolle sind Vorschläge der Experten in diesem Bereich. Doch brauche dieser Bereich beim Wechsel von terrestrischen zu digitalen Sendern eine gründliche Erneuerung.
3. Bezüglich Werbebestimmungen sollte , nach der Vorstellung des Komitees, das neue Mediengesetz als Kreuzgesetz funktionieren, ähnlich wie die EU Direktive, welches besagt das die Einzelheiten von den Teilnehmern des Marktes, in einem Selbstregulierungskodex festhalten. Die Grundprinzipien für private und öffentliche Sender müssen gleich sein, die Quoten können aber differieren.
4. Das Gesetz von 1996 muss bei der Frage der Kabelanbieter nur in wenigen Details verändert werden. Die 95/51/EC Sicherheitsgrundprinzip besagt dass alle restriktiven Regelungen bezüglich Kabelanbieter wegfallen müssen, diese betrifft im alten ungarischen Mediengesetz in drei Gruppen: (1) die Entwicklung, (2) die Einsechstel Regelung und (3) die restriktiven Besitzregelungen bei den Sendeverteilern.
5. Mit der digitalen Revolution gleichzeitig bedarf es ständiger Kontrolle der Regelungen für Medienkonzentration und Medienkreuzbesitz. Nach amerikanischen (FCC) und britischem (Communications Bill) Beispiel sollen auch in Ungarn diese Regelungen überprüft, und auf ihre bei Bedarf überarbeitet werden. Die Forscher schlagen hier eine Linderung der Strenge der Vorgaben vor.

6. Da sich das alte Mediengesetz in keiner Weise um die Problematik der Digitalisierung kümmert, muss dieser Bereich neu kreiert werden. Es bedarf einer gründlichen Planung für Regelungen, Themenwahl und Methodologie. Das Komitee schlägt in diesem Bereich der digitalen Medien auch eine Inhaltskontrolle vor.

Nach ihren Angaben war das primäre Ziel der Expertengruppe nicht eine endgültige Version, oder einen finalen Vorschlag zu kreieren, sondern die ersten Vorgaben für eine fruchtbaren und breiten Diskurs zu legen.⁹⁷ Dieses ist ihnen zum Teil gelungen, denn es hagelte an Beiträgen und Antworten, sowie Kritik zu diesem Vorschlag.

⁹⁷ Vgl. Szente/Agárdi/Bayer/Cseh/Gellért Kis/Haraszti/ Molnár/Náhlík/Szalai/Szekfü 2003.S.65.

2.6.1 Response zum neuen Konzept

Die erste Gruppe der Kritiker versammelten sich um die Nationale Körperschaft für Medien.

Hier wird vor allem die Durchführbarkeit der Mitgliederwahl, im Sinne einer parteifreien und unabhängigen Zusammensetzung bezweifelt. Selbst gemäßigte Kritiker des neuen Konzeptes glauben nicht das die unabhängigen, fachlich anerkannten Experten, welche durch die Institutionen an deren Spitze sie stehen, und deren staatliche Finanzierung gebunden sind, unparteiisch amtieren könnten. Der zweiten Version ,die durch das Parlament, mit dreidrittel Mehrheit Wahl, ernannten Mitglieder, wird eine völlige Unparteilichkeit, beziehungsweise eine politikfreie Existenz auch abgesprochen.

Das zweite, was viele Experten als problematisch erachten, ist die Löslösung von den Werbeeinnahmen.

Die meisten Experten die zu diesem Thema Stellung genommen haben, bezweifeln das die Argumentation der werbefreien öffentlich-rechtlichen Medien berechtigt sei. Denn das Konzept , der völligen staatlichen Finanzierung, wird von fast allen als problematisch bezüglich der Unparteilichkeit und politikfreien Berichterstattung angesehen, obwohl fast alle Kritiker einer Meinung sind, das eine gewisse Unterstützung von den Steuerzahlern unausweichlich ist. Alternative Vorschläge sind die Werbezeiten aufzuwerten, und von den privaten Sendern Werbeeinnahmen durch Regulierungen, den staatlichen Sendern zukommen zu lassen.

Die dritte größere Gruppe gehen auf verschiedenen Medienrechtliche Fragen und Problem ein, die durch den neuen Mediengesetzesvorschlag nicht gelöst werden, sogar teilweise entstehen.

Dessen Darstellung würde aber zu tief in den Bereich des Medienrechtes vordringen, und wird deshalb in dieser Arbeit nicht weiter behandelt.

-Offizielles Konzept für das neue Mediengesetz

Die Landeskörperschaft für Rundfunk und Fernsehen(ORTT), beauftragte Anfang 2006, das von ihr erschaffene Institut für angewandte Medienforschung, mit der Erstellung eines neuen Gesetzestextes. Dieser wurde noch im demselben Jahr veröffentlicht. Sie baut teilweise auf das vorige Werk auf, und teilweise wurde auf auch die oben genannten Kritikpunkte Bezug genommen. Doch schon vor dem Erscheinen hagelte es Kritik an dem Text von Seiten der Experten.

Das neue Mediengesetz soll nach dieser letzten, aber mit großer Wahrscheinlichkeit noch immer nicht endgültigen Version, folgende Grundpunkt beinhalten:

- die drei öffentlich-rechtlichen Institutionen, Magyar Televizio, DunaTV, und Magyar Radio werden werbefrei sein, ihre Finanzierung wird aus einer jährlichen staatlichen Beitrag, von fünfzig Milliarden Forint, ermöglicht. Dieser ist aber für zehn Jahre festgelegt, und richtet sich nach der Inflation.
- die Sender mit allgemeiner Thematik müssen die Hälfte ihres jährlichen Programms für europäische, ein drittel für ungarische Werke reservieren, ein zehntel muss für unabhängige Werke zur Verfügung gestellt werden. Die verpflichtende Vorgabe für Nachrichtensendungen ist bei Fernsehsekanälen bei zwanzig, bei Radiosendern bei fünfzehn Minuten festgelegt.

- Die neue oberste Instanz, die an die Stelle der heutigen drei Gremien tritt, der Nationale Rat für öffentlich-rechtlichen Rundfunk, besteht aus neun nicht wieder wählbaren Mitgliedern, welche vom Parlament mit einer dreidrittel Mehrheit direkt gewählt werden, wobei fünf Mitglieder von den Fraktionen des Parlaments empfohlen werden. Die restlichen vier werden wie folgt ermittelt: einer wird von der ungarischen Akademie der Wissenschaften, einer von den offiziell anerkannten Kirchen ,per Konsens, einer von den Selbstverwaltungen der offiziellen Minderheiten und den ungarischen Organisationen in den Nachbarländern, und schließlich einer vom Rat für Vermittlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, empfohlen.
- Die Mitglieder wählen aus ihren eigenen Reihen einen Präsidenten, der für zwei Jahre im Amt ist, und einmal wieder gewählt werden darf. Die Mitglieder entscheiden über die Verwendung der monatlich eintreffenden staatlichen Finanzierung.
- An der Spitze der drei öffentlich-rechtlichen Anstalten, welche als geschlossene, non-profit Aktiengesellschaft im staatlichen Besitz funktionieren, steht der Direktorenrat. In diesem haben neben dem Präsidenten des nationalen Rates, sowie seine Fach- und Wirtschaftsvertretung, sowie zwei ausgewählte Vertreter des Besitzerrates.
- Neben diesem Superkuratorium gäbe es noch einen Programmrat mit 12 Mitgliedern, dieser wäre für die Durchsetzung des öffentlichen Sendeauftrages verantwortlich.
- die Besitzer der privaten Sender dürften eine unbegrenzte Anzahl von Radio -und Fernsehsendern aufrechterhalten, soweit sie nicht als relevante Meinungsbildende Kraft identifiziert werden. Diese ist der Fall wenn ihre durchschnittliche, jährliche Zuschauerquote zwanzig Prozent überschreitet, diese kann aber von der Medienbehörde bei fünfzehn Prozent passieren, da der Einfluss in den Nachbarstaaten dazugezählt werden kann.

- Die Körperschaft für Rundfunk und Fernsehen würde in zwei Teile gespalten, in die ORTT, die sich mit den Gebühren, sowie mit der Marktkonzentration befassen, und die ORTF, welche die Ermittlung und Sanktionierung von Verstößen gegen das neue Mediengesetz befassen würde. Sie könnten anfangen mit Warnungen bis zur Entzug des Senderechtes sanktionieren.
- Für die Wahl der Mitglieder des ORTT stehen zwei Drehbücher bereit, beim ersten würden die sieben Mitglieder aus den delegierten der Fraktionen, durch die dreidrittel Mehrheit für sieben Jahre im Parlament ermittelt. Beim zweiten besteht Prinzip des „Miniparlamentes“ weiter, und jede Fraktion stellt einen Vertreter für vier Jahre, Präsidenten werden jeweils vom Ministerpräsidenten und Staatsoberhaupt empfohlen.⁹⁸

⁹⁸ Vgl. <http://www.ortt.hu/>

3. Medienbesitz und Medienkonzentration

Der freie Medienbesitz ist nach den langen Jahren des Parteistaates in Ungarn der Gegenwart eine Selbstverständlichkeit. Die ungarischen Medien werden von den Kräften des Marktes beherrscht, doch brauchte es einen langen Marsch, welcher 1988 begann und ungefähr ein Jahrzehnt dauerte, bis zur Entstehung dieses Medienmarktes. Die Begriffe der Privatisierung, oder gar des Ausverkaufes, sind für den ungarischen Medienmarkt etwas irreführend, geht man von der inhaltlichen Komponente aus.

Das Genehmigungssystem für Druckmedien wurde 1989 völlig abgeschafft, dieses in Kombination mit dem Gesellschaftsgesetz von 1988, eröffnete den Weg für neue Akteure in der Verlagswelt, wobei die 4 großen staatlichen Verlage nicht privatisiert wurden, sie brachen zusammen und verschwanden einfach vom Markt.

Der politische Regimewechsels ermöglichte eine sonderbare Form der Privatisierung: die Journalisten selber, nicht die Staatsvertreter, bestimmten das Tempo und Bedingungen der Privatisierung, diese wird in der ungarischen Kommunikationsgeschichte als *spontane Privatisierung*⁹⁹ bezeichnet.

Die Journalisten begannen mit den Interessenten zu verhandeln, und überzeugten diese, in die bereits auf dem Markt existierenden, Zeitungen zu investieren.

⁹⁹ Vgl. Gálik 2003 S.1

Nebenbei erschienen auch zahlreiche neue Druckprodukte auf dem Markt. Die Mehrzahl von ihnen waren Boulevard- und Verbrauchermagazine, denn die ausländischen Investoren erschienen relativ rasch auf dem Markt und sättigten so schnell den Markt solcher Druckprodukte.

Die Investoren brachten ihre erfolgreichen Formate aus dem Ausland nach Ungarn, und in weiterer Folge in den ganzen osteuropäischen Markt. Somit hatte Ungarn oft eine „*Brückenfunktion*“¹⁰⁰ für die Investoren aus dem Westen, um an den wesentlich größeren Ostmarkt zu kommen.

Die Medienprivatisierung kann in zwei große Abschnitte geteilt werden. Anfangs setzte sich die bereits erwähnte „spontane Privatisierung“ bei den Druckmedien durch, erst danach folgte die gesetzlich festgelegte Privatisierung. Die spontane Privatisierung die bereits 1990 abgeschlossen war, wird oft als skandalös bezeichnet, vor allem im Bereich der lokalen Zeitschriften.

Es ist aber Ironie des Schicksals das sie nicht in einem Atemzug mit dem größten Skandal der Medienprivatisierung Ungarns erwähnt werden kann, welches völlig gesetzmäßig im Bereich der Fernsehanstalten abgelaufen ist.

¹⁰⁰ Vgl. Gálik 2003. S.2

Heute kommen die drei führenden Tageszeitungen Ungarns, in punkto Auflagengröße, wenn man die allgemein weit verbreiteten Kategorien anwendet, aus drei verschiedenen Segmenten des Zeitungsmarktes: Gratistageszeitung, Boulevardtageszeitung und Qualitätstageszeitung.

Die Auflagengröße wird vom MATESZ, dem ungarischen Verband für Verbreitungskontrolle gemessen, und auf ihrer Homepage veröffentlicht. Die drei Tageszeitungen, mit der größten Auflage, die Gratiszeitung „Metro“, das Qualitätsblatt Népszabadság (Volksfreiheit) und dem Boulevardblatt *Blikk* (*Blick*), werden von verschiedenen Medienunternehmen herausgegeben, jedoch dominieren in jedem von ihnen Investoren aus dem Ausland.

Népszabadság teilen sich B.V. Tabora, eine Tochter der Ringier AG, mit Bertelsmann AG, sowie mit dem Ausnahmefall der Szabad Sajtó Alapítvány (Stiftung Freie Presse), einer ungarischen Rechtsperson die Anteile. Leider ist anzumerken, dass die Stiftung zwar eine ungarische Rechtsperson darstellt, doch ist sie auch eine der MSZP (Sozialistische Partei Ungarns) nahe stehende Stiftung, welches wieder Fragen der Unabhängigkeit aufwirft.

Das Boulevardblatt „*Blikk*“ steht zu einhundert Prozent unter dem Besitz der Ringier AG. „Metro“ teilt sich die Firma MTG Metro International, im Verhältnis neunzig zu zehn, mit einer natürlichen Person.¹⁰¹

¹⁰¹ Die Daten stammen von der ungarischen Firmengericht und der Wettbewerbskommission aus dem Jahre 2007.

Auf dem Gebiet der Wochenzeitungen und Magazine, sind die beiden führenden Ausgaben das Szabad Föld (Freies Land), welches als Stammleserschaft die ländliche Bevölkerung mit niedrigem Einkommen hat. Im Gegensatz dazu wird das HVG (Weltwirtschaft wöchentlich) von einem urbanen Publikum, mit weitaus höheren Einkommen gelesen somit wird der Anzeigenmarkt von HVG eindeutig dominiert. Die Besitzerverhältnisse sind in beiden ähnlich aufgebaut, während beim HVG das WAZ mehr dreiviertel der Aktien besitzt, ist es beim Szabad Föld die Firma Lang Holding in einem etwas höherem Mass.

Die lokalen Zeitungen in den Bundesländern haben alle sehr hohe Auflagenzahlen. Somit ist dieser Markt sehr stark, und wird seit der Wende rein von ausländischen Investoren dominiert. Vor allem die ungarische Tochter des Axel Springer Verlages hat hier eine sehr starke Präsenz. Die Privatisierung der Tageszeitungen in den Bundesländern ging nach dem Motto „*ein Bundesland - eine Tageszeitung*“¹⁰² über die Bühne. Die vier großen Verlage sind vertikal integriert, d.h. sie besitzen sowohl Druckereien wie auch Vertriebsnetze, somit ist es nicht verwunderlich das die seit dem Regimewechsel erfolgten Dutzenden Versuche, in diesen Markt einzubrechen, allesamt scheiterten. Namentlich teilen sich neben der erwähnten Axel Springer Tochter, das WAZ, die Daily Mail Group Trust, sowie das Vorlaberg Mediahouse den Markt auf.¹⁰³

¹⁰² Vgl Gálik 2003.S.6

¹⁰³ Die Daten stammen von der ungarischen Firmengericht und der Wettbewerbskommission aus dem Jahre 2007.

Beim audiovisuellen Rundfunk endete die Alleinherrschaft der beiden staatlichen Sendeanstalten endete de iure in 1989, als es ein paar kleinen Privatsendern, durch verschiedene „grauen“ Prozeduren, gelang zu Sendelizenzen zu kommen. Doch konnten diese Sender die Monopollage der staatlichen Sendeanstalten de facto nicht brechen. Die landesweiten Privatsender erschienen erst 1997 auf dem Markt.

Bei der Vergabe der zwei landesweiten Lizenzen für Fernsehanstalten, erfüllten alle drei Bewerber RTL, SBS und CME die Sendevorgaben und unterbreiteten ihre Angebote. Trotz des wesentlich höheren Angebotes seitens des CME ging diese leer aus, und die beiden anderen Konkurrenten wurden als Gewinner des zweistufigen Verfahrens ermittelt. CME reichte eine Klage am obersten Gerichtshof ein und gewann diese auch, doch noch vor dem Abschluss des Verfahrens zog sie ihre Klage zurück und verkaufte ihre ungarischen Interessen an RTL und SBS.

Die beiden größten Privatsender TV2 und „RTL Klub“ wurden sofort Marktführer, und sind seit jeher nur miteinander im Rennen um diese Position. In Bezug auf die Zuschauerzahlen liegen sie beide Kopf an Kopf, bei ungefähr dreißig Prozent¹⁰⁴. Gleichzeitig ist RTL Klub auf dem Anzeigenmarkt, dank seiner günstigeren Zuschauerzusammenstellung, führend. Der dritte landesweite Fernsehkanal VIASAT ist weit abgeschlagen hinter den beiden Favoriten. RTL Klub teilen sich mit neunundvierzig Prozent CLT-Ufa, welches ebenso zu der Bertelsmann AG gehört, sowie die Pearson Netherlands AG, und die T-COM, mit jeweils fünfundzwanzig Prozent. Das TV2 gehört zu einundachtzig Prozent SBS Broadcasting, und zu sechzehn der ungarischen Anlagengesellschaft MTM-TV¹⁰⁵, sowie zu einer sehr geringen Prozentsatz dem Tele-München Fernsehen GmbH. Der dritte, weit abgeschlagene, Mitbewerber das VIASAT 3, gehört ganzheitlich dem MTG Group.¹⁰⁵

Die größte ungarische Druckerei, das Szikra Lapnyomda Rt., wurde in den neunziger Jahren, in zwei Schritten 1995 und 1999, privatisiert, und ist seitdem im Mehrheitsbesitz von einer ungarischen Firma, doch lassen die Verluste der letzten Jahre befürchten, dass ihr größter Abnehmer der Ringier Verlag den Betrieb übernimmt.

¹⁰⁴ Daten beziehen sich auf den bei den älter als 4-jährigen Teil der Bevölkerung.

¹⁰⁵ Die Daten stammen von der ungarischen Firmengericht und der Wettbewerbskommission aus dem Jahre 2007.

Beim Vertrieb, welcher seit 1998 teilweise privatisiert wurde, kaufte die französische Hachett Firma das Vertriebsabteil der ungarischen Post. Es sind aber größtenteils die Verbrauchermagazine den Vertriebsmarkt der Hachette ausmachen, da die vier großen vertikal integrierten Verlage, ihre Distribution selbst erledigen.

Es ist schwierig festzustellen welche die drei größten Medienunternehmen in Ungarn sind. Mit Sicherheit lässt sich aber sagen dass der Axel Springer Verlag, mit einem Umsatz von 82,3 Millionen Euro in 2002 dazugehört. Ebenso wie der Bertelsmann Verlag, die allein mit der M-RTL Klub Rt. Einen Umsatz von 88,9 Millionen Euro in 2002 vorzuweisen konnte.

Auf den dritten Platz kommt wahrscheinlich die SBS Broadcasting SA , der Eigentümer des zweiten landesweiten Privatsenders, mit ihren 69,5 Millionen Umsatz in 2002. Die anderen drei großen europäischen Medienakteure Ringier, Sanoma und die WAZ Gruppe können mit den bereits erwähnten drei nicht mithalten.

Der Medienbesitz in Ungarn ist stark konzentriert, und die meisten Medienzweige werden von Besitzern aus dem Ausland beherrscht. Diese ist auf die globale Beschaffenheit der Medienzweige, vor allem bei den privaten Fernsehsendern und der Verbrauchermagazinen, zurückzuführen.

Diese großen Medienunternehmen versuchen sich, ihrer Geschäftspolitik entsprechend, aus politischen Verstrickungen herauszuhalten. Sie sind groß und mächtig genug, um sich nicht vor der Politik verbeugen zu müssen, und vorsichtig genug um sich nicht direkt in die Tagespolitik einzumischen. Die Medien werden vor allem als Geschäft betrachtet.

Die größten Medieneigentümer Ungarns sind nicht mit den Mitgliedern des gefallen kommunistischen Regime in irgendeine Verbindung zu bringen. Die staatlichen Interventionen auf dem Medienmarkt, die seit 1990 von jeder Regierung in irgendeiner Form betätigt wurde, brachten mehr gesellschaftlichen Schaden als Erfolg. Auf der Bühne des ungarischen Medienmarktes regieren die Kräfte des Marktes. Diese zeigen die starke Tendenz in Richtung infotainment in allen Bereichen des Medienmarktes.

Bei der Privatisierung der politischen (Qualitäts-)Blätter gab es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen den Eindringen der Investoren aus dem Ausland und dem Tempo der Privatisierung. Bei den anfänglichen Änderungen des Regimes wurde deutlich, dass manche neuen politischen Kräfte die bisherigen Parteizeitungen des Regimes zur Sicherung seiner eigenen Unterstützung für sich beanspruchten. Diese wurde von der spontanen Privatisierung der Journalisten selber, zur Nichte gemacht.

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die ausländischen Besitzer der politischen (Qualitäts-)Blätter die Arbeit der Redaktionen beeinflussen wollten.

Die Boulevardmedien und die Verbrauchermagazine sind meist neue Projekte, die auf die Erfahrungen der ausländischen Besitzer in entwickelteren Medienmärkten gestützt gegründet worden sind. Die Überfülltheit am „heimischen“ Markt hat sie nach Ost-Mittel Europa gedrängt, wo durch ihr Erscheinen der Bedarf an solchen Zeitschriften rasch gedeckt wurde. Die Journalisten, die bei solchen Zeitschriften beschäftigt sind, haben als Grundziel die Unterhaltung des Publikums vor den Augen.

Im Bereich der elektronischen Medien haben die Privatsender den Markt innerhalb weniger Jahre erobert. Ihre Programme richten sich nach dem „Mainstream“ und der Verbraucherkultur. All dies tun sie sehr erfolgreich, und nützen dazu die enormen Investitionen, die ihre Eigentümer seit 1997 unternommen haben.

Das Open Society Institute (OSI) gab 2006 eine Bewertung über Berichterstattungen der europäischen Länder heraus, und kam in diese zum Ergebnis, dass die Länder, die ihre Medienmärkte zu rasch den Investoren aus dem Ausland öffneten, beziehungsweise in denen zwei-drei große Handelsgesellschaften den Sektor dominieren, aus den Gesichtspunkten der Meinungsfreiheit und der Informationsfreiheit kritisch zu betrachten sind. In solchen Ländern gefährdet die Profitgier der Monopole die nationale Berichterstattung, und die Fähigkeit der Produktion und Verbreitung der heimischen Informationen. Der Bericht sagt sogar, in einem ungewöhnlich rauen Ton, dass die „*Verdummung*“ der großen europäischen Masseninformationssysteme die Demokratie gefährden würde¹⁰⁶.

¹⁰⁶ Vgl. Television Across Europe: Regulation, Policy and Independence <http://www.eumap.org/>

4. Journalistische Ausbildung, Professionalität und Ethik

Der Qualitätsverlust in den ungarischen Medien hat sicherlich mehrere Gründe. Eines davon ist der niedrige Standard des Journalismus in Ungarn allgemein. Trotz hohen Inskriptionsraten an den Kommunikationsfakultäten der Universitäten und Hochschulen und trotz duzender Journalistenschulen und Publizistikkursen, ist die Mehrheit der Redaktionen gefüllt mit jungen, schlecht ausgebildeten, aber billigen Arbeitskräften.

Die traditionellen Universitäten haben seit Jahrzehnten das Studium der Kommunikation in ihrem Repertoire, und erfreuen sich großer Beliebtheit bei den Studenten. Hohe Inskriptionsraten und relative niedrige Abbruchraten, haben Hunderte von gut ausgebildeten Medien und Kommunikationsfachmännern und Fachrauen jedes Jahr als Ergebnis.

Zu denen kommen die in den letzten Jahren entstandenen Journalistenschulen und Medienfächer verschiedener Fortbildungsinstitute hinzu. Das Fach der Kommunikation und Medien sind in Ungarn, wie auch in anderen Teilen der Welt, sehr beliebt. Obwohl die Qualität der Ausbildung in vielen dieser neuen Instituten eher niedriger ausfällt, ist dies nicht der Grund für die Kritik an den Journalisten und der anspruchslosen Journalismus der heutigen Zeit.

Die Gründe für diese schwache Beurteilung lassen sich in der gängigen Praxis der Beschäftigung in den Redaktionen der Zeitungen finden, hier arbeiten oft junge, unerfahren, schlecht oder gar nicht ausgebildete Schreiber, für wenig Geld. Nach den Angaben von Szakonyi Peter, Journalist beim Qualitätsblatt Magyar Hirlap, ist die allgemeine These unter den Herausgebern verbreitet, das ein jeder für eine Zeitung schreiben kann, qualifizierte, -gute- Journalisten werden nicht gebraucht.

*„Alles was man benötigt ist eine junge Truppe, die zwei bis drei Sätze, aber höchstens fünf, selber schreiben können. Das reicht auch schon. Es ist ein Blatt, mit ein paar Sätzen und paar Schlagzeilen, manchmal Bilder, und das ist es auch“.*¹⁰⁷

Szakonyi sagte weiter das die meisten Herausgeber, die Meinung vertreten, das sie keine Journalisten brauchen die zwanzig Jahre an Erfahrung und Kenntnis und Gefühl für ihre Profession, haben, Denn diesen Professionellen müsse man dann auch professionelle Gehalte von zweihundert Tausend Forint bezahlen, da entscheiden sich die meisten für drei Laien um fünfzigtausend pro Kopf.

Dieses bestätigt auch die aktuelle Studie des SEENPM, des South East European Network for Professionalization of Media, welches im Sommer 2007 durchgeführt wurde. In diesem wurden in verschiedenen Ländern der Region die Umstände in denen die Journalisten arbeiten untersucht. Die qualitativen und quantitativen Untersuchungen ergaben unter anderen auch das die jungen Journalisten oft ausgenutzt werden, und in ungesicherte Arbeitsverhältnisse ohne Arbeitsvertrag als Selbständige gezwungen werden, der nur für den Mindestlohn arbeiten müssen. Diese änderte sich zwar 2006 durch die Rechtsharmonisierung der Europäischen Union in einem gewissen Mass, doch noch immer werden von den Verlegern Missbräuche bei den Urheberrechten der Journalisten getätigt. Die Schwäche der Interessensvertretungen der Journalisten kommt in dieser Studie auch zum Vorschein, sowie das Gefühl der Unsicherheit bei vielen (vor allem jungen) Journalisten, die das Gefühl haben das sie weder in rechtlicher noch in irgendeiner anderen Form sicher bei ihrer Arbeit fühlen könnten. Diese Umstände tragen wesentlich zu der Selbstzensur der Journalisten bei, welches eines der grossen Problem, des ungarischen Journalismus darstellt.¹⁰⁸

¹⁰⁷ Vgl. Szakonyi

¹⁰⁸ Vgl. http://ijc.md/Publicatii/resurse/Labor_Relations_and_Media.pdf S.179-199

Diese äußerst ungünstige Lage für die Journalisten ist mitunter der Grund für den eher niedrige Qualität vieler journalistischer Berichterstattungen. Im besonderen Ausmaße trifft dieses für die audiovisuellen Medien zu. Medienwissenschaftler Antal Zsolt behauptet sogar das gesamtgesellschaftlich schwere Themen in qualitativer und quantitativer Weise benachteiligt, also ihrer wahren Bedeutung nach unterrepräsentiert, und nur Ansatzweise oder überhaupt nicht im Sendungsangebot von audiovisuellen Medien erscheinen.

Solche immune Themen sind:

- Gebiete der nationalen Strategie
- ungarische Minderheiten in den Nachbarländern
- ungarische Geschichte
- Mikrogesellschaft, Mikrowirtschaft
- Gemeinschaftsformierende Themen
- Religion
- Minderheiten
- Kultur, Künste
- Errungenschaften der Wissenschaften
- soziale Fragen
- Analysen den ländlichen Situation¹⁰⁹

„Diese Praxis der Berichterstattung und die Einengung der Thematik führt auf geradem Weg zum Verschwinden von konkreten Genres des Journalismus aus dem ungarischen Journalismus, und in letzter Folge zur verkommen und „Primitivvisierung von“ schaffenden , intellektuellen Arbeitsweise des Journalismus.“¹¹⁰

¹⁰⁹ Vgl Antal 2007.S.32 und Terstyéni 2003. S.27

¹¹⁰ Vgl. Antal 2007.S 33

Aufdeckender Journalismus darf sich heutzutage allein um die Präsentation von verschiedenen Angelegenheiten der zahlreichen Stars aus der virtuellen Welt der Reality-shows und Boulevardserien, sowie der verpflichtenden Aufgabe der taktischen Skandalisierung bei den parteipolitischen Kämpfen.

Die immunen Themen und die unberührbaren Gebiete, und deren Vermeidung, hatte das Aussterben von Journalistengenres, die fachliche Professionalität und Vielseitigkeit benötigten, zu Folge. In der gegebenen Situation, haben die jungen Journalisten, die heute in der Berichterstattung arbeiten, folgende Genres nur in der Theorie kennen gelernt.

- Aufdeckung
- Investigation
- Report
- Erzieherische - pädagogische Sendungen
- Dokumentarfilme
- Oral history
- Interview
- Portrait¹¹¹

Diese Angaben bestätigen auch die von der Landeskörperschaft für Rundfunk und Fernsehen durchgeführten statistischen Analysen. Bei diesen wurden die Nachrichtensendungen der verschiedenen landesweiten Fernsehsender untersucht.

¹¹¹ Vgl Antal 2007. S.33

Diese Anstalten haben, durch das Mediengesetz geregelte Vorgaben in Bezug auf die kommunalen Sendeinhalte, welche ebenfalls in die Untersuchung einbezogen wurden sind. Die Ergebnisse zeigten, dass Informationen aus der Innenpolitik und Katastrophenthematik deutlich überbewertet in den Sendeinhalten zum Vorschein kamen. Diese hatte die Unterrepräsentiertheit von gewichtigen, gesellschaftlichen Themen zur Folge. Die Untersuchung ergab außerdem dass die Thematik der Wirtschaft meist, aus parteipolitischen Gesichtspunkt betrachtet wird.¹¹²

Dieses Problem des Infotainments und der tabloidization wirken auch in die Sphäre der Journalisten selber. Nach einer Studie der Göbölös Soma Stiftung, einer Stiftung für die Unterstützung von investigativem Journalismus, wird selbst von den Chefredakteuren verschiedener ungarischen Zeitschriften der Journalismus in Ungarn nicht gerade positiv empfunden und dargestellt.

Im Rahmen der Untersuchung hat man Redakteure von leitenden Zeitschriften Ungarns, sowie die Leserschaft selber befragt. Der investigative oder aufdeckende Journalismus, die „Königsdisziplin“ der Journalisten, ist in Ungarn sehr zurückgeblieben, und im internationalen Vergleich als völlig unterentwickelt zu bezeichnen. Als Gründe für diese Missstände geben die Chefredakteure das Fehlen von finanziellen und personellen Ressourcen an. Denn welches Blatt kann sich leisten eine Journalisten zwei Monate lang an einer Story arbeiten zu lassen, und zu bezahlen, die vielleicht niemals zu einem Artikel wird. Wenn irgendwann mal ein solcher Artikel erscheint, dann ist das meistens auf den Zufall oder auf einen „Insidertipp“ zurückzuführen.

¹¹² Vgl. <http://www.ortt.hu/>

Namenlose Emails oder in Postfächer geworfenen Nachrichten, wenn die Redaktionen einmal was erfahren ist es sehr selten dass sie selber die „*Kastanien aus dem Feuer*“ holen. Somit verkommen sie aber zu Sprachrohren in den Händen der politischen oder wirtschaftlichen Akteure des Landes.

Dieser „Mix an Boulevard, als primäres Stillmittel des Infotainments, und die parteipolitische Annahehrung an Themen“¹¹³, hat in der ungarischen Medienberichterstattung eine sehr beeinflussende Rolle. Mit der Dominanz dieser beiden Mittel, sind die Medien in der Lage jegliche Thematik, in einem radikal vereinfachten Verständnisrahmen darzustellen.

Die Hegemonie des Boulevards in den elektronischen Medien, trägt, neben dem politikorientierten Journalismus, grundlegend zur „Simplifizierung und Entleerung“¹¹⁴ der Nachrichtensendungen bei.

Nach der heutigen Praxis der Berichterstattung in Ungarn, kann man über jede beliebige öffentliche Frage oder jedes gesellschaftliches Problem, mit der Darstellung der Parteimeinungen am korrektesten berichten. Die in der Präsentation von „Partei A“ und „Partei B“ dargestellten, ergo zu parteipolitischen Konflikten konvertierten, Themen , werden durch die Medien so zu politisierten , polarisierenden, und Gesellschaftsspaltenden Informationen.

¹¹³ Vgl Antal 2007.S.34

¹¹⁴ Vgl. Antal 2007.S.35

Diese führt zu dem im Kapitel 3. besprochenen Problem der Objektivitätsdoktrin, welche die Beschwerdenkommission des ORTT zu einem statistischen Erhebungsinstitut verkommen lässt, welche aber durch seine quantitative Sichtweise, selber zu der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen und medialen Missstände beiträgt.

Seit dem Regimewechsel häuften sich die Kritiken bezüglich der ungarischen Medien, vor allem die Arbeitsweise der elektronischen Medien wurde in vielen Punkten von zahlreichen Experten kritisiert. In letzter Zeit aber ergab sich eine Konvergenz der Meinungen über die Praxis der ungarischen Medienberichterstattung, das sie jegliche gesellschaftliche Fragen ausschließlich im parteipolitischen Weise darstellen kann, und somit die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte nicht fördert, sondern hindert.

Anstelle dieser lässt sie Raum für die Dominanz von Partei- oder Gruppeninteressen, oder dem Erscheinen von virtuellen Inhalten.

Das Ansehen der Journalisten in der ungarischen Bevölkerung, bzw. das Vertrauen gegenüber ihnen ist relativ niedrig. Nach den Angaben vom GfK Marktforschungsinstitut, stehen die Journalisten in Ungarn, auf der vorletzten Stelle, knapp vor den Politikern, wenn es um das Vertrauen geht.¹¹⁵ Die Göbölös József Soma Stiftung, eine Verein zur Unterstützung des aufdeckenden Journalismus in Ungarn, führte eine qualitative Untersuchung durch, um die Gründe für diese missliche Lage zu erkunden. Die Stiftung befragte vornehmlich Chefredakteure von angesehenen Medien, welche die Korruption, die niedrige journalistische Qualität, und den politischen Druck auf die Medienmacher als Ursachen für das fehlende Vertrauen der Bevölkerung angaben.

¹¹⁵ vgl. www.gfk.hu/sajtokoz/articles/display.php3?ReportID=214,

Die an der Untersuchung beteiligten Redakteure waren sich einig darüber, dass die Qualität des investigativen Journalismus in Ungarn weit hinter den zu erwartenden sei, und einen Vergleich mit dem Genre in Westeuropa nicht standhielt. Die Antworten der Redakteure unterschieden sich nur in den Gründen für diesen Umstand. Die meisten erwähnten das Fehlen von finanziellen und personellen Mitteln, denn kein Blatt kann es sich erlauben, einen Mitarbeiter monatelang auf ein Thema anzusetzen, woraus am Ende vielleicht gar kein Artikel entsteht, und wenn überhaupt ein aufdeckender Artikel erscheint, ist dies meistens auf ein „Insidertipp“, den irgend jemand der Redaktion zugespielt hat, zurückzuführen. Eva Vajda,¹¹⁶ die stellvertretende Chefredakteurin des Manager Magazins, sieht die Probleme nicht nur auf das Fehlen vom investigativen Journalismus beschränkt, das Fehlen von gewissen Grundlagen ist ihrer Meinung nach das Hauptproblem.

„Der investigative Journalismus ist in weiter entwickelteren, reiferen Demokratien auch nur die Sahne auf der Torte (...) die grundsätzliche Frage ist, wie diese Torte, auf der die Sahne noch fehlt, überhaupt geschaffen ist. Denn es ist nicht bloß eine finanzielle Frage, wie denn diese Torte aussieht, sondern steht sie in einem speziellen kulturellen Kontext, welches natürlich auch eine finanzielle Seite hat(es ist nicht egal wie viel wir für die Zutaten ausgeben können), doch würde die Qualität und Genießbarkeit der Torte nicht radikal verbessert, wenn man mehr für die Produktion ausgeben könnte“¹¹⁷

Die Meinungen der befragten Redakteure gehen allerdings auseinander, wenn es um andere Gründe für die Lage des Journalismus geht, einige sehen das Problem in den „alten Zeiten“, denn viele Journalisten, die heute noch publizieren, sind in den staatssozialistischen Zeiten „stecken geblieben“, sie blieben das „Sprachrohr“ für die Regierung.¹¹⁸ Anders sehen viele Redakteure eher in der Vermischung von Journalismus mit Public Relations und anderen geschäftlichen Tätigkeiten das

¹¹⁶ Vajda gewann den Preis der Soma Stiftung im Jahr 2006

¹¹⁷ Vajda in Hermann/Wild 2007 S. 4

¹¹⁸ Vgl. Mong 2006, in Hermann/Wild S. 8

Problem, denn diese sind von der Grundidee der Unabhängigkeit und Objektivität nur schwer mit denen des Journalismus vereinbar.¹¹⁹

Die Angaben der Chefredakteure zeigen eindeutig an, dass seit der Wende die politische und wirtschaftliche Einflussnahme, also die eigentliche Unabhängigkeit der Medien, als eines der Problempunkte erhalten geblieben ist.

„...die eine oder andere politische Lobby versuchte Druck zu machen, dass ein Artikel oder Sendung nicht in die Öffentlichkeit gelange(...) Öfter als der Versuchs der politischen Einflussnahme kommt es vor dass eine wirtschaftliche Interessensgruppe versucht den Inhalt der Meldungen eines Mediums zu verändern. Knapp 44 Prozent der Journalisten sagte aus, dass er solche Versuchen schon bei seiner Arbeit begegnet ist“¹²⁰

Bei der Untersuchung der Soma Stiftung antworteten mehr als zwei Drittel der befragten Redakteure, dass eine solche versuchte Einflussnahme des Öfteren in ihren Redaktionen vorkommt. Die meisten der Versuche gehen auf Vertreter der Wirtschaft zurück, doch die versuchte Einflussnahme seitens der Politik ist auch noch lebendig erhalten: Von 27 Chefredakteuren antworteten 16 bejahend auf die Frage der versuchten politischen Einflussnahme¹²¹. Interessant ist es auch dass diese Einflussnahme bei den ländlichen lokalen Medien viel stärker präsent ist, als in der Hauptstadt, oder in den landesweiten Medien, doch ist das auf den kleineren Anzeigenmarkt¹²² zurückzuführen.

¹¹⁹ Vgl Kovács in Hermann/Wild 2007 S.9.

¹²⁰ Vásárhelyi 1999 zitiert in Hermann/Wild S.4.

¹²¹ Vgl Hermann/Wild 2007 S. 8.

¹²² Vgl Varga 2006 in Hermann/Wild S.8.

Die dritte Ursache für das fehlende Vertrauen ist die Korruption. Nach den Ergebnissen des GfK denkt ein Drittel der Befragten das die Journalisten korrupt seien. Dieses Thema der Korruption ist eines der Tabuthemen nach sagt Robert Frank, Chefredakteur des Boulevardmagazins Szines Bulvar Lap.

„ In Ungarn kann man noch immer überall „Bescheid“ sagen. Abgesehen von den Jahren des Erbarmens zwischen 1987 und 1989, lebt noch immer derselbe politische Terror wie im vergangenen System“¹²³

Die meisten anderen Redakteure sehen die Lage nicht so düster, aber sie geben auch zahlreiche Tabuthemen an, über die nicht wirklich berichtet werden kann. Solche sind neben der Korruption, die Verflechtung der wirtschaftlichen und politischen Elite, oder die Verbindungen zwischen Politikern und Verbrechern.

Als Ausweg aus der misslichen Lage sehen die meisten Befragten das Medium Internet, wobei hier wegen dem Druck des schnellen Erscheinens auch zahlreiche Komplikationen auftreten. Die Verfasser der Untersuchung stellen aber explizit auch fest, dass obwohl das Ausmaß dieser Probleme in Ungarn wesentlich größer ausfällt, diese Probleme in anderen westlichen Staaten auch immanent sind. Im Wesentlichen sehen die Konsumenten in den Vereinigten Staaten das Problem der amerikanischen Presse ähnlich.¹²⁴

¹²³ Vgl. Frank in Hermann/Wild 2007 S.8.

¹²⁴ Vgl. Hermann/Wild S.8.

5. Medienkompetenz der Zivilgesellschaft

Das Problem der relativ niedrigen Stand und schmalen Verbreitung der Medialiteracy, also der Medienkompetenz im Allgemeinen, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Eines davon ist das wir mit den Produkten der Massenmedien nicht erst als Erwachsenen konfrontiert werden. Deshalb müssen die Schulen, als sozialisierende Instanzen der Gesellschaft, mehr Aufmerksamkeit auf die Bildung von Medienverständnis und Medienkompetenz der Schüler widmen.

Diese erscheint auf einer Seite deshalb als schwierige Aufgabe, weil in vielen Bereichen die Grundforschungen fehlen, auf denen man die Lehrinhalte aufbauen könnte, auf der anderen Seite sind diese Lehrinhalte kaum schulisch vermittelbar, weil sie sich einfach dem didakten Systematisierung widersetzen. Hinzukommt noch das die Lehrinhalte die unterrichtet werden sollten, sich in einem dermaßen schnellen Tempo verändern und entwickeln, das eine Schulung sehr problematisch ist. Der Bedarf an einer neue Schulfach ist enorm, sie könnte breit formuliert elektronische Umweltkenntnisse genannt werden.¹²⁵

Wenn man die Gründe für das Fehlen der Medienkompetenz untersucht, muss man die Anfänge des Medienunterrichtes im weitesten Sinne betrachten, und feststellen das man anfangs kaum von Medienunterricht sprechen darf, den es wird eindeutig das Ungarn lange Zeit nicht einmal über selbstständige Medienkultur verfügt hat.

Anfangs gab es die Filmeästhetik, mit der elitären Sichtweise und den von der Literatur übernommenen Begriffen, wobei es trotzdem der Vorläufer des heutigen Medienunterrichtes ist. Bei der Analyse der Zustände und vor allem der Geschichte des „Faches“ Medienkunde, betrachten wir die Lehrpläne der öffentlichen Schulen und wie sich diese mit dem Gebiet befasst haben.

¹²⁵ Vgl Sziártó 2001. S.3

Das ungarische Unterrichtssystem hat früh die Bedeutung der audiovisuellen Kultur erkannt, in den zentralen Maturastoffvorgaben von 1962 befand sich bereits der Titel „Die Rolle der Filmes (das Radios und Fernsehens) zwecks der Steigerung der Beliebtheit von literarischen Werken“. Aus diesem Titel wird ersichtlich das hier das Genre Film als „gebildetet Literatur“ definiert wird. Mit dieser Einführung des Filmunterrichtes in die Schulplane haben die Schulen auf die filmgeschichtlichen Ereignisse der Zeit, dem Einzug des Filmes in die Kunstgeschichte, reagiert.

Anfang des Schuljahres 1965-66 begannen 12 Tausend Schüler von 64 Mittelschulen mit dem Unterricht von Filmästhetik, doch bereits am Ende der sechziger Jahre hatte sich herausgestellt das dieses System funktionsunfähig war. Mit einem halben Dutzend an Unterrichtsstunden im Semester war es den Lehrkräften unmöglich Filmästhetik effektiv zu lehren und die Infrastruktur der Schulen war auch überfordert. Deshalb wurde in den meisten Schulen die Filmästhetik vom Lehrplan genommen oder blieb nur formal, im gemeinsamen Betrachten von ein-zwei Filmen pro Jahr, erhalten.

Von den Anfängen der achtziger Jahre, wo eine sonderbare Spaltung der Unterrichtspraxis entstand, wurden der Filmunterricht ebenso in die Kategorie der Wahlfächer verschoben. Die reichlich vorhandenen, und frei wählbaren Wahlfächer ließen eine neue Art von „informelle Wirtschaft“ im Bereich der Pädagogik entstehen, welche sich dem zentralen Kontrollmechanismus des Staates, wegen der Unübersichtlichkeit, entziehen konnte.¹²⁶

¹²⁶ Vgl Szijártó 2001. S.5.

Im Herbst 1995 trat der neue nationale Lehrplan in Kraft, und eröffnete ein neues Kapitel im Schulsystem, durch ihre Vorschubsleistung für einen mehrpoligen Lehrplan. Diese bedeutete gleichzeitig den Beginn einer neuen Ära im Unterricht des Faches Film, indem es mit dem Namen „Bewegte Bilderkultur und Medienkunde“ in den Bereich der Kunst Einzug hielt, und somit die Möglichkeit zur verpflichtenden Unterrichtsfach ermöglichte. Dieser ermöglichte auch die Entstehung des Marktes der lokalen Lehrpläne, die in drei Grundkategorien einzuordnen sind, erstens die filmeästhetische Annäherung, zweitens die gesellschaftstheoretische, medienzentrierte Annäherung und die dritte, welches ihren Schwerpunkt auf die Entstehung von Medientexten legt. Im Sommer 2000 tritt der Rahmenlehrplan in Kraft, wodurch sich der Name des bereits verpflichtenden Unterrichtsfaches in Medienkultur wandelte.

Die Lehrmaterialien für das Fach reichen von Lehrbüchern, Schulfernsehsendungen, Videoaufnahmen bis zu Multimedialen Materialien. Doch sind die letzten, trotz ihrer wachsenden Bedeutung, am geringsten verbreitet und vertreten oder nicht am aktuellen Stand der Technik (Beispiel: Audiokassetten!)

Die Lehrbücher, die bereits in der dritten Generation im Unterricht verwendet werden, gingen anfangs von der mimetischen Art der Kunst aus, daraus folgend sind in ihnen Beispiele des filmischen Realismus dargestellt. Die Grundlage ihres Begriffsystems ist die Ästhetik. Die zweite Generation an Lehrbüchern macht Schluss mit der Begrifflichkeit, dass der Film mit festgeschriebenen Bedeutungen und Zeichen arbeitet, also dass diese ähnlich den sprachlichen Zeichen in einem „Wörterbuch“ fest zu machen sind.

Die neueren Generationen von Lehrbüchern basieren ihre Gedankenwelt auf dem Begriffskonstrukt der Semiotik und die kommunikationsbegriffliche Welt folgt der funktionellen Annäherung an die Kommunikation. Diese Bücher legen großen Wert auf die Massenkultur, auf die breite Spalte der Filmgenres, auf die Masseninformierung und auf die Frage der gesellschaftlichen Festlegung der Kommunikation, sowie der Medienrepräsentation.

Das ungarische Modell des Medienunterrichtes ging also von der ästhetischen, über die zeichentheoretische Annäherung bis zur funktionellen Sinngebung von audiovisuellen Erscheinungen. Aus diesem Blickwinkel ist eine stufenweise Entwicklung feststellbar.

Das Modell des Medienverständnisses gewann langsam aber sicher an Platz gegenüber dem Modell der Kunstgeschichte. Das Modell der demokratischen Sozialisierung wird leider in einem sehr geringem Maß realisiert, es brauchte mehrere Programme zur Aufholung der sozial benachteiligten Schichten und Gruppen.¹²⁷

Bei den erzieherischen Zielen vermischen sich die Elemente des Medienverständnisses und der Kunstgeschichte im Lehrplan. Im Bereich des Medienverständnisses brauchte der Lehrplan dringend sensibilisierende, demokratisch-sozialisierende Lehrziele, besonders für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten. Die heutige Situation des Unterrichtes im nationalen Lehrplan wird von Forschern als integriert und professionell strukturiert bezeichnet, doch ist dies teils durch die aktive Teilnahme mehrerer Akteure aus der zivilen Film- und Massenkommunikationssphäre möglich. Diese werden vom ungarischen Schulsystem dringend benötigt.

¹²⁷ Vgl. Szijártó 2001. S.9.

Die Zivilgesellschaft in Ungarn nahm vor allem in der Zeit der Wende aktiv am Geschehen rund um die Medien teil. Seit daher erstärkte sich zwar die gesamte Zivilsphäre in Ungarn deutlich, und zahlreiche neue Organisationen wurden gegründet, auch viele die sich medienspezifischen Themen widmen. Es ist aber ein allgemeines Problem der ungarischen Zivilgesellschaft, dass sie es kaum schafft die Politik von ihren Projekten fernzuhalten. Somit büsst sie viel an Glaubwürdigkeit ein, und schafft es nicht eine Brücke zwischen den gespaltenen gesellschaftlichen Fronten zu bilden.

Die Verbreitung des Internets in Ungarn fand einige Jahre verzögert statt als in den westlichen Ländern. Die regelmässige Nutzung der Netzangebote von größeren Teilen der Bevölkerung begann erst nach dem Jahr 2000. Nach einem Zeitabschnitt der Stagnation, begann eine langsame Erhöhung der Userzahlen, die in den letzten Jahren immer schneller wurde. Durch den Konkurrenzkampf der Anbieterfülle, und den sinkenden EDV Preisen, überwindet die Verbreitung des Internets langsam auch die tiefen demographischen Hindernisse.

In den Anfängen der Internutzung in Ungarn, war dies das Privileg einer sehr dünnen Schicht an Experten und Interessierten vorbehalten. Erst durch das „SULINET“ Projekt, in dessen Rahmen im Laufe von mehreren Jahren, die Mehrzahl der Mittelschulen, mit einer Internetverbindung, und Computern versorgt wurden, eröffneten sich die Möglichkeiten des Internets für eine relativ hohe Zahl von Schülern. Das Projekt schritt aber in langsamen Schritten voran und bevorzugte, falscher Weise, eher die Schulen von besser situierten Regionen. Der Ansatz erwies sich als falsch angelegt, denn gerade in diesen Regionen, hatten viele Schüler bereits im privaten Bereich bereits Gelegenheiten zur Internetnutzung, und gerade in den benachteiligten Regionen kamen die Schüler nur langsam zu dem Privileg eines Internetzuganges in der Schule.

Durch die sinkenden EDV Preise und dem Auftauchen von mehreren Akteuren am Anbietermarkt, stiegen auch die Userzahlen langsam. Im Jahr 2004 war aber Ungarn noch am unteren Ende des regionalen Vergleiches wenn es um die Internutzung und den Zugang zum Internet ging.

Erst Mitte 2005, durch die immer steigende Zahl der Anbieter und den sinkenden EDV Preisen, welche durch den Konkurrenzkampf von großen Handelsketten für Elektronik begünstigt worden sind, konnte das Land an die anderen der Region anschließen. Nach einer Analyse der GFK Gruppe, einem leitenden Marktforschungsinstitut, welche die Internetnutzung die Bevölkerung ab 15 Jahren erfasste, benutzten bereits vier von zehn Personen das Internet mit wechselnder Regelmässigkeit. Mit diesen Zahlen befand sich das Land bereits im Mittelfeld des regionalen Vergleichs. Zugänge zum Internet im eigenen Heim hatten zu der Zeit ein Drittel der Bevölkerung.¹²⁸

Ein Jahr später, Mitte 2006, wurde vom Médian, eine weitere Analyse der Internetnutzung durchgeführt. Diese Untersuchung fand heraus dass die Anteil der Bevölkerung mit Internetzugang stagnierte, sie befand sich immer noch bei einem Drittel der Bevölkerung. Die Analyse befasste sich auch mit der Art der Interneterreichbarkeit der User, und fand heraus, dass etwa zwanzig Prozent der aktiven Nutzer auch am Arbeitsplatz, und knapp die Hälfte der Schüler in der Schule Zugang zum Internet haben. Diese Zahl erscheint nach den frühen und optimistischen Vorhaben des SULINET etwas ernüchternd. Jedoch kann man als Erfolg des Projektes die Zahl der Internetnutzer angeben die zum ersten Mal in der Schule mit dem Internet in Berührung gekommen sind, diese liegt bei den Jüngeren bei um die dreißig Prozent, und bei der älteren Generation (18-29) etwas höher als sechzig Prozent.¹²⁹

¹²⁸ Vgl. <http://www.gfk.com/gfkhungaria/index.hu.html>

¹²⁹ Vgl <http://www.median.hu/>

Die gesellschaftliche Definiertheit des Internetzuganges ist sehr ähnlich dem der Versorgung durch Computer, doch sind die Differenzen stärker konturiert. Die wirtschaftliche Aktivität ist definierend, in dem auch stark der Zusammenhang mit Altersgruppe und Schulbildung aufscheint. Die Wirkung dieser Faktoren ist aber allein stehend auch sehr stark, weniger stark aber trotzdem signifikant ist der Zusammenhang von Wohnsitz und Einkommen. Zwischen den Zugangsmöglichkeiten von Frauen und Männern zeigte sich kein signifikanter Unterschied.

Im Jahre 2007 nutzen, nach den Angaben World Internet Project (WIP), bereits fünfundvierzig Prozent der ungarischen Bevölkerung über 14 Jahren, das Internet und fünfunddreißig Prozent der Haushalte hatten bereits Zugang zum Internet. Dazu kommt mehr als Dreifünftel der häuslichen Zugänge Breitband besitzen, womit Ungarn sogar im internationalen Vergleich relativ gut abschneidet. Der Prozentsatz mit dem die Anzahl der Internetnutzer jährlich ansteigt verdoppelte sich so, vom vier Prozent 2006, auf neun Prozent in 2007.¹³⁰ Diese aktiven Nutzer gaben an dass das Internet für sie als wichtige Informationsquelle gilt, trotzdem steht es bei diesem Teil der Bevölkerung, so wie bei der restlichen, an zweiter Stelle nach dem Fernsehen.¹³¹

Der Bericht des GFK und der Forschungsanstalt Szonda Ipsos, für das Jahr 2007, bestätigt diese günstige Entwicklung. Die Ergebnisse der Studie sind aber um etwas zurückhaltender, doch ermittelten sie 3,7 Millionen an Internetnutzern im Land und die wichtige Entwicklung dass die Zahl der Internetnutzer, in der Altersgruppe über sechzig Jahren, am stärksten angestiegen ist¹³²

¹³⁰

Vgl. http://budapest.mconet.biz/belfold/belfold_007_ben_robbanasszeruen_nott_az_internethaszna_l_magyarorszagon_19_363162.html

¹³¹ Vgl. ebenda

¹³² Vgl. <http://www.szondaipsos.hu/hu/ipsos/nethaszna>

Diese positiven Entwicklungen bei der Internetnutzung haben auch weit reichende Folgen wenn es um Web.2.0, also der Erstellung von Webinhalten, geht. Jeder zweite Internetnutzer in Ungarn gab an, das er schon ein Blog gelesen hat. Mit dieser Zahl liegt das Land allerdings noch immer an letzter Stelle dieser Studie. Bei der Frage nach dem Schreiben eines Bloges, geben 7,8 Prozent der aktiven Nutzer, an dies bereits getan zu haben. Hier wird Ungarn wieder von allen untersuchten Nationen überholt. Im Gegensatz führt aber das Land bei der Nutzung von communitysites, mit 80 Prozent kam es auf den zweiten Platz der Studie, und an erster in der Region.¹³³

Bei einer Studie von Tamás Bodoky, wurden die Leser des größten ungarischen Online-Nachrichtenportals Index, auf dessen Blog Aktivitäten befragt. Die Ergebnisse der Studie zeigten das die Bereitschaft zur aktiven Herstellung von Webinhalten unabhängig ist, von Gender, Wohnort, und Ausbildung, aber eine starke (negative) Korrelation mit dem Alter und eine starke (positive) Korrelation mit der durchschnittlichen Zeit der Internetnutzung zeigt. Das Lager der Blogschreiber und Blogleser zeigt eine starke Deckung, die meisten Leser schreiben selber Blogs. Frauen lesen eher persönliche, Männer eher thematische Blogs. Die meisten Befragten gaben für die Gründe der Blogkonsumtion an, das Blogs unterhaltsam sind, freieren und leichter genießbaren Still verwenden, und markante Meinungen darstellen¹³⁴.

Die meisten Autoren von Blogs sehen in ihrer Tätigkeit eine Form der Meinungsäußerung und der Selbstdarstellung. Die Autoren der Blogs vertreten in Summe die Meinung, dass das Bloggen ziviler Journalismus ist, welches die Medien verändert, bzw. dass die Blogs wichtiger sind als die professionelle Presse.¹³⁵

¹³³ Vgl. Bodoky 2008 S. 65

¹³⁴ ebenda S. 69

¹³⁵ ebenda

6. Konklusion

Das Land Ungarn hat eine große Transformation, größten Teils, hinter sich. Das politische System wandelte sich von autokraten Staatssozialismus zur freien Demokratie, und das Wirtschaftssystem von der Planwirtschaft zum liberalen Kapitalismus.

Diese Veränderungen machten nicht beim politischen und wirtschaftlichen Sektor halt sondern verursachten eine gesamtgesellschaftliche Veränderung. Die Medien als wesentlicher Teil der Gesamtgesellschaft wurden von dieser Transformation im besonderen Masse beeinflusst.

Die ungarischen Medien wandelten sich von Instrumenten der ideologischen Erziehung und politische Legitimation des Staatssozialismus, zu denen der freien Meinungsäußerung und unabhängiger Berichterstattung.

In den Jahren von 1988/1989 hatten die Redaktionen der Medien außergewöhnliche Freiheiten und die Medien waren die wirkliche „vierte Gewalt“ im Staat. Sie waren aktiv am Regimewechsel beteiligt, Anfangs durch die Untergrundarbeit der Samisdat Presse, später folgten auch die Mainstream Medien, und thematisierten immer mehr Tabus.

Die Regulierung der staatlichen Medien erfolgte durch das „Mediengesetz“, welches am 1. Jänner 1996 in Kraft trat. Ihr propagiertes Ziel ist es endlich partei- und regierungspolitisch unabhängige Medien zu kreieren. Dieses sollte durch das Kontrollorgan ORTT und verschiedenen Gremien erfolgen, welche aus unabhängigen Medienexperten zusammengesetzt wurden.

Dieses schwerfällige Gesetzeswerk untersteht starker Kritik, und die Unabhängigkeit der Gremien wird sehr oft in Frage gestellt.

Antworten auf die drei Hauptkritikpunkte fehlende EU Konformität, Anpassung an die technische Entwicklung und die politische Unabhängigkeit des öffentlich – rechtlichen Rundfunks, konnten bis zum heutigen Zeitpunkt nur teilweise gegeben werden.

Eine besondere Vorgabe des Gesetzes, die Objektivitätsdoktrin, wurde sehr oft zur politischen Beeinflussung missbraucht. Die jeweils regierenden politischen Kräfte versuchen immer wieder Einfluss auf das öffentlich-rechtliche Fernsehen zu nehmen. Vor allem bei diesem so wichtigen Punkt der politischen Unabhängigkeit, gibt es trotz der Fülle vom professionellen Lösungsvorschlägen, keine, für alle Parteien zufrieden stellende Lösung.

Die politische Einflussnahme auf die Medien Ungarns ist trotz der politischen Wende enorm. Die ungarische Medienlandschaft wird seit dem 1989-1990 erfolgtem Regimewechsel mit dem Begriff des „Medienkrieges“ definiert. Diese Metapher steht für den Konflikt, um die Kontrolle der Medien, und um die Frage welche gesellschaftlichen Werte durch die Medien kultiviert werden sollen.

Dieser schwere, aber blutlose Konflikt teilt die ungarische politische Elite und die Journalistengesellschaft seit Jahren entlang ideologischer Bruchlinien. Diese Bruchlinien befinden sich heute zwischen der politisch linker und rechter Seite, den Liberalen und Konservativen, der Tradition und Progression, der weltlichen und christlichen, dem ländlichen und urbanen, sowie den nationalen und europäischen.

Dieser Konflikt, in dessen Fokus hauptsächlich die Nachrichtensendungen standen, spaltete nicht nur die politische und journalistische Sphäre scheinbar unversöhnlich, auch die Gesamtgesellschaft wurde sehr stark polarisiert.

Des Weiteren trug dieser Konflikt enorm zur tabloidisierung vieler Medien bei. Die privaten Fernsehanstalten ziehen es vor statt schweren politischen Themen, weiche Nachrichten zu bringen, denn die meist ausländischen Besitzer und Betreiber der privaten Medien, wollen sich nicht in diesen Medienkrieg einmischen und vermeiden so viele gesamtgesellschaftlich relevante politische Themen.

Die ungarischen Medien funktionieren größtenteils auf der Basis des freien Marktes, der eine sehr hohe Konzentration aufweist. Die Elemente der Wirtschaft die zur Konzentration führen, kommen auch in der Medienbranche zur Geltung.

Selbst die digitale Revolution konnte nichts an den medienwirtschaftlichen Regeln ändern, dass der Markt jeweils von großen multinationalen Unternehmenskonzentrationen beherrscht wird.

Die rasche Öffnung des Marktes zur Zeit der politischen Wende hat diese äußerst ungünstige Lage des sehr hohen ausländischen Medienbesitzes und die hohe Medienkonzentration zur Folge.

Die Medienanstalten richten sich mit starker Tendenz in Richtung infotainment in allen Bereichen. Qualität und Anspruch der Medienangebote im Land werden oft kritisiert, dazu tragen neben den Kräften des Marktes auch die niedrige Professionalität der Journalisten bei.

Die Journalismusbranche in Ungarn hat mit mehreren Problemen zu kämpfen. Es existieren professionelle Ausbildungsstätten für angehende Journalisten, doch ist ein einheitlicher Standard der Ausbildung noch nicht erreicht.

In den meisten Redaktionen arbeiten daher schlecht ausgebildete junge Leute, mit wenig Erfahrung. Der wirtschaftliche Druck auf die Medien, und der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt sind hoch.

Manche journalistischen Genres, wie z.B. der investigative Journalismus, sind in Ungarn kaum vertreten. Statt ihnen trifft man in hoher Zahl auf Boulevardjournalismus, Sensationalismus und Infotainment.

Diese Faktoren, sowie die Beeinflussung der Journalisten durch Politik und Wirtschaft sind die Gründe für das fehlende Ansehen und Vertrauen in der Gesellschaft gegenüber den Journalisten. Die niedrige Qualität lässt sich aber auch auf der Rezeptorseite beobachten.

Die Medienkompetenz der ungarischen Gesellschaft ist noch in der Lernphase. Medienkunde hat schon vor etlichen Jahren Eingang gefunden in die nationalen Lehrpläne, doch ist es die ältere Generation, die einer gründlicheren Kompetenz in Umgang mit den Medien bedarf.

Die neuen Medien finden nur langsam den Weg zu allen Verbrauchern. Jahrelang lag Ungarn an letzter Stelle der Region, wenn es um die Internetnutzung ging. Ländliche Gebiete und benachteiligte Gruppen haben Probleme den Anschluss zu finden. Erst in den letzten Jahren gelang es die Verbreitung und Verteilung der Internetanschlüsse zu verbessern.

Allerdings betätigen sich die länger aktiven Nutzer des Internets auch sehr aktiv an neuen Internetnutzungsmöglichkeiten des Web 2.0 , communitysites und Blogs erfreuen sich relativ großer Beliebtheit und könnten die Erstärkung des zivilen Journalismus zur Folge haben.

7. Literaturverzeichnis

Antal, Zsolt: Immunis témák a hazai hírszerkesztésben. Megzavart tájékoztatás in Bajomi-Lázár, Péter./Kotroczó, Robert./Sükösd, Miklós.: Kiegyensúlyozottság és kampány a médiában, L'Harmattan, Budapest (2007) S29- 41*

Bajomi-Lázár, Péter: A magyarországi médiaháború, Új Mandátum, Budapest (1998)

Bajomi-Lázár, Péter: BBC vagy RAI? A közszolgálati médias jövője in: Médiakutató, Budapest (2001)*

Bajomi-Lázár Péter.: Média és társadalom, Antenna (2003)

Bajomi-Lázár, P.: Az objektivitás-doktrína nyomában in :Médiakutató, Budapest (2003)*

Bajomi-Lázár, P.: A politikai mediatizálódása és a média politizálódása in: Médiakutató, Budapest (2005)*

Bajomi-Lázár, P./Monori, Á.: Esti főműsoridős híradók a magyarországi televíziókban in: Mediakutató, Budapest (2007)*

Bajomi-Lázár, Péter./Monori, Áron.: A rendszerváltás és az újságírók, Antenna, Budapest (2007) *

Bajomi-Lázár, Péter./Monori, Áron: A rendszerváltás és az újságírók, Antenna, Budapest (2007)*

Bajomi-Lázár, Péter./Kotroczó, Robert./Sükösd, Miklós.: Kiegyensúlyozottság és kampány a médiában, L'Harmattan, Budapest (2007)*

Bauer, Thomas.: Media Transition in Southeast Europe in :The Analyst/Central and Eastern European Economic and Political Review, Budapest (2006) S.133-148

Bauer,Thomas.: Medientransition und Kulturwandel in:
http://www.thomasbauer.at/tab/media/pdf/artikel/Analyst06_Artikel_TAB.doc
(Stand:1.10.2008)

Bellér, M.: Der Wandel in den Medien in Osteuropa: die elektronischen Medien nach der politischen Wende in Ungarn; neue Medien und altes Denken / eingereicht von Melinda Bellér (2001)

Bihari, Péter: A 19.század történelme fiataloknak, Budapest (2001) *

Bodoky,Tamás.: Támad a civilmédia: minden ötödik Index-olvasó blogol in: Médiakutató, Budapest (2008)*

Geller,Michael: die Umstürzbewegungen in Osteuropa in:
http://www.bpb.de/themen/X6OO30,2,0,Die_Umstürzbewegungen_1989_in_Mittel_und_Osteuropa.htm (Stand:1.10.2008)

Hegedüs, István: Sajtó és irányítás a Kádár-korszak végén in: Médiakutató,Budapest (2001)*

Hermann,Irén/Wild,Judit: Betegség vagy állapot, Médiakutató,Budapest (2007)*

Jakubowicz, Karol.: Media as Agents of Change. in: Paletz, David L. / Jakubowicz, Karol /Novosel, Pavao (Ed.): Glasnost and After: Media and Change in Central and Eastern Europe.Cresskill, S. 19-47. (1995)

Kollmorgen, Raj.: Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Hg.(1996)

Lelovics,Ottó : Die politische Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien in Ungarn seit dem Sturz des diktatorischem Sozialismus bis auf dem Weg zur "Demokratisierung" 1988 - 1995 : politischer Kampf um die Medien in Ungarn / einge. von Lelovics Ottó Viktor ,(1995)

Marsovszky, M.: Medien und Transformationsprozesse in Ungarn in:Bush,D./Panasiuk,I./Schröder,H. (Hrsg.):Medientransformationsprozesse Gesellschaftlicher Wandel und Demokratisierung in Südosteuropa, Frankfurt/Oder (2003) S.388-402

Marsovszky,M: Die Krise des öffentlich rechtlichen Rundfunks in Ungarn, in http://www.vlw.euv-frankfurt-o.de/CACES2002/Beitrag_Magdalena.pdf (Stand 1.10.2008)

Mungiu-Pippidi, Alina: Államiból közszolgálat in: Mediakutató,Budapest (2001)*

Nyakas, Levente: A magyar médiaszabályozás lehetőségei az európai audiovizuális politika fényében in: Mediakutató,Budapest (2008)*

Prediger, Eva : Transformationsforschung – theoretische Ansätze mit besonderer Berücksichtigung akteurstheoretischer Ansätze in: http://www.giub.uni-bonn.de/ag-troeger/vault/pra_strasburg_1.pdf (Stand 1.10.2008)

Reissig, Rolf: Transformation/Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche in: Berliner Journal für Soziologie, H.3, (1994) S.323-343

Reljic, Dusan: Who Builds Civil Society? Civil Society/Mass Media and Democracy in Post-Communist Countries in: DCAF Working Papers. Geneva. Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) (2004)

Szekfű, András:A befolyásolás eszközei a médiatörvény életbelépése után /A kritika fegyverei és a fegyverek kritikája in: <http://www.szignummedia.hu/Archivum/1997/jan.html> (Stand: 1.10.2008)*

Szente, Péter.:Médiapolitikai vázlat in: Mediakutató, Budapest (2001)*

Szente,Péter/Agárdi,Péter/Bayer,Judit/Cseh,Gabriella/Gellért-

Kis,Gábor/Haraszti,Miklós/Molnár,Péter/Nahlik,Gábor/Szalai,Annamária/Szekfű, András.: Vita egy új médiatörvény-koncepcióról in: Médikautató, Budapest (2003)*

Szilády, Szilvia: Der ungarische Medienkrieg : Entwicklung und Tendenzen in der ungarischen Medienpolitik nach der Wende (1990-1994) / vorgelegt von Szilvia Szilády (1996)

Szilágy,Tamás: A politikusok és a közszolgálati média in: Magyar Narancs S.17,
Budapest (05.12.1992) *

Szijártó,Imre: A média tantárgy a magyar közoktatásban in: Médiakutató ,
Budapest (2001)*

Thomaß,Barbara: Medien und Transformation in Osteuropa, Wiesbaden (2001)

Quellen ohne Verfasser:

A Magyar Szocialista Munkáspárt határozatai és dokumentumai, 1956–62.
Kossuth,Budapest(1979)) *

Mediatörvény in :

<http://www.hullamvadasz.hu/ftp/terulet/jog/torveny/mediatv.html> (Stand
1.10.2008)*

Tájékoztatási ismeretek: MÚOSZ Oktatási Igazgatóság, Budapest (1985) *

Television Across Europe: Regulation, Policy and Independence

http://www.eumap.org/topics/media/television_europe/national/hungary/media_hun2.pdf(Stand 1.10.2008)

<http://www.gfk.com/gfkhungaria/index.hu.html> (Stand 1.10.2008)*

www.gfk.hu/sajtokoz/articles/display.php3?ReportID=214 (Stand 1.10.2008)*

<http://www.median.hu/> (Stand:1.10.2008)*

<http://www.szondaipsos.hu/hu/ipsos/nethaszn> (Stand:1.10.2008)

http://budapest.mconet.biz/belfold/belfold_007_ben_robbanasszeruen_nott_az_internethasznalat_magyarorszagon_19_363162.html (Stand 1.10.2008)*

<http://www.ortt.hu/> (Stand :1.10.2008)*

http://ijc.md/Publicatii/resurse/Labor_Relations_and_Media.pdf (Stand: 1.10
2008)

*Werke vom Verfasser der Arbeit Passagenweise und sinngemäß aus dem ungarischen übersetzt

Lebenslauf

Kristóf Edöcs
Scheugasse 1/38
1100 Wien
edocs@gmx.at

Persönliche Daten:

Geburtstag: 24. 05. 1980
Staatsangehörigkeit: Ungarn
Familienstand: ledig

Schulbildung:

2000-2008: UNI WIEN Publizistik und Kommunikationswissenschaften
Kulturanthropologie
1995-2000: Österreichisches Gymnasium Budapest
1990-1995: GRG 19 Wien

Wien, 01. 10. 2008

Kristóf Edöcs

